

menschen rechte

Hrsg.: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.



special: Cuba



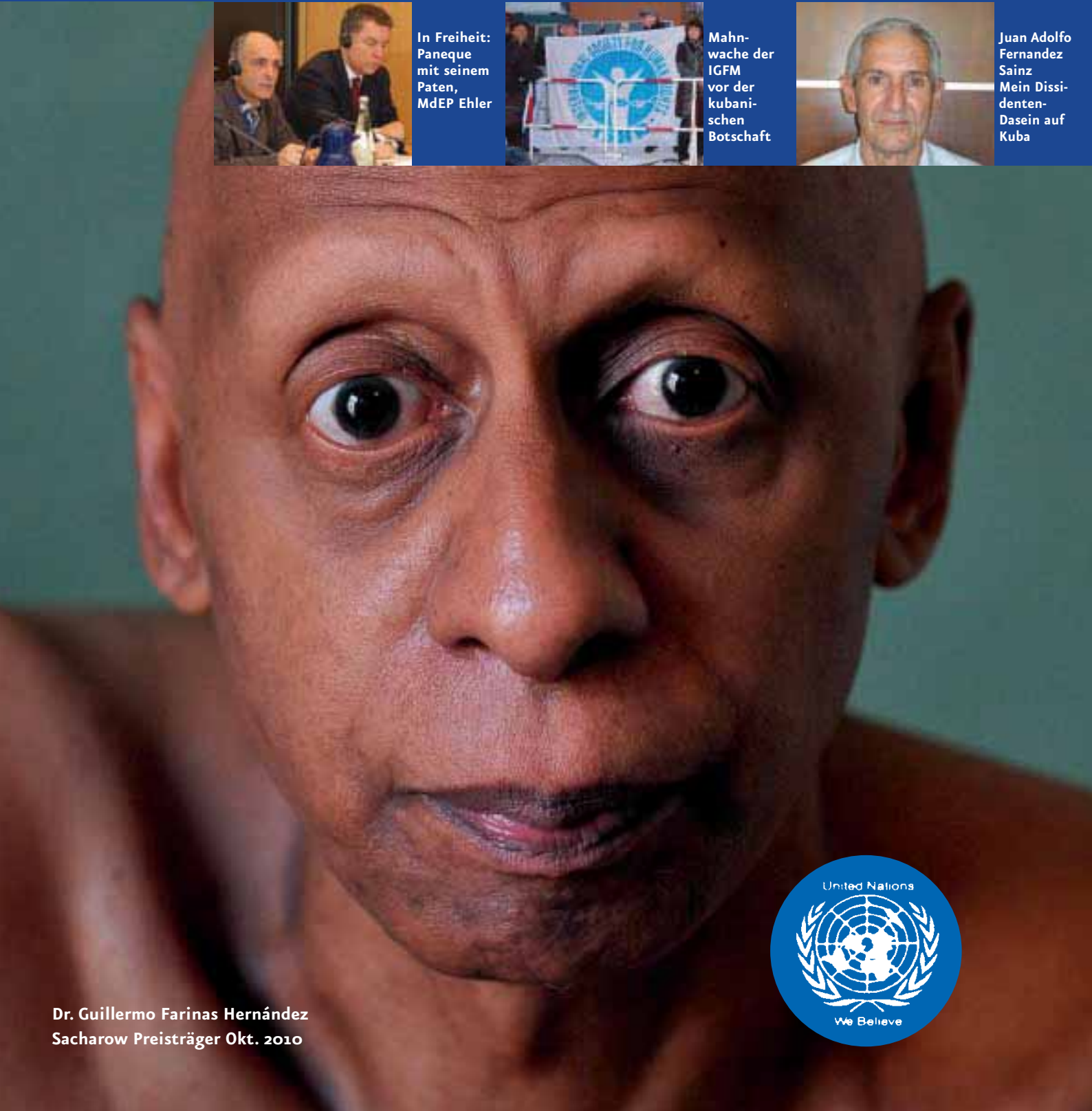
In Freiheit:
Paneque
mit seinem
Paten,
MdEP Ehler



Mahn-
wache der
IGFM
vor der
kubani-
schen
Botschaft



Juan Adolfo
Fernandez
Sainz
Mein Dissi-
dent-
Dasein auf
Kuba



Dr. Guillermo Farinas Hernández
Sacharow Preisträger Okt. 2010



Wer
mitreden will,
sollte gut
informiert sein!



Jetzt auch als

IdeaSpektrum
E-Paper

Ihre Vorteile:

- Informationsvorsprung von eineinhalb Tagen
- Volltextrecherche im idea-Archiv
- Zugriff auch von unterwegs
- Kostenlos für Heft-Abonnenten



Gern informieren wir Sie zum Thema E-Paper:
Tel. (06441)915-122 / aboservice@idea.de

- Ich bestelle ideaSpektrum im Schnupper-Abo, d.h. für 2 Monate zum Preis von nur einem Monat: 8,30 €

Möchte ich ideaSpektrum nicht weiterbeziehen, teile ich Ihnen dies spätestens nach sechs Wochen mit. Ansonsten beziehe ich ideaSpektrum danach zum Preis von:

- 6,40 € für Privatpersonen
 4,48 € für Schüler, Studenten, Azubis, Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose, Diakonissen

jeweils zzgl. Porto:
1,90 € in Deutschland / 2,25 € im übrigen Europa / 4,10 € weltweit

Vorname

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail

Coupon ausschneiden oder kopieren und senden an
idea e.V. · Postfach 18 20 · 35528 Wetzlar
oder per Fax an (06441)915-220

EDITORIAL

Liebe Leser,

2010 ist ein wichtiges Jahr für die Menschenrechte auf Kuba. Nach dem tragischen Tod von Orlando Zapata Tamayo, der in einen Hungerstreik getreten war, um humanitäre Haftbedingungen für Kubas politische Gefangene durchzusetzen, horchte die Welt auf. Das Europäische Parlament und die EU-Staaten zeigten sich geschockt, dass das Castro-Regime Zapata Tamayo tatsächlich hatte verhungern lassen. Sein Martyrium wurde zu einem Wendepunkt in der Bewertung des kubanischen Militärregimes.

Deutschland machte öffentlich gegenüber den anderen EU-Partnern deutlich, dass es dem Drängen Spaniens, den „gemeinsamen Standpunkt“ der EU gegenüber Kuba aufzugeben, nicht folgen werde. Plötzlich sprachen die Europäer – mit Ausnahme der spanischen Zapatero-Regierung – mit einer Stimme, wenn es um die Menschenrechtslage auf der ehemaligen Zuckerinsel ging.

Zwei Tage nach dem Tod von Orlando Zapata Tamayo trat der kubanische Journalist, Bürgerrechtler und Psychiater Guillermo Farinas in den Hungerstreik. Von Ende Februar bis Juli 2010 blickte die Welt gebannt auf den Hungerstreikenden. Zugleich fanden die kubanischen Bürgerrechtler und demokratischen Oppositionellen zu kaum gekannter Einheit und Selbstbewusstsein. Die Katholische Kirche Kubas wagte nach einer langen Zeit demütiger Stille öffentliche Kritik am Umgang des Castro-Regimes mit den politischen Gefangenen und die Commandantes spürten den weltweiten Gegenwind. Sie sahen sich schließlich gezwungen mit der Kirche über die Entlassung von politischen Gefangenen zu verhandeln.

Es ist nicht das erste Mal in den 51 Jahren Castro-Diktatur, dass politische Gefangene aus der Haft entlassen und ins Exil gezwungen werden. Das totalitäre Militärregime hat kubanische politische Gefangene bereits bei anderen Gelegenheiten und zu anderen Zeiten im Austausch für politische Zugeständnisse freigelassen. Jetzt geht es ums Geld. Kubas marode Wirtschaft ist am Ende. Die Gefangenen werden vermarktet, um mit der Europäischen Union ins Geschäft zu kommen. Sie sind verkäufliche Geiseln des Regimes von Raul und Fidel Castro.

Derzeit verschlimmert sich die Repression des Staatssicherheitsdienstes gegen Menschenrechtsverteidiger in Kuba. Hinzu kommen Gesetze, die grundsätzliche Freiheiten wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit



Martin Lessenthin ist Vorstandssprecher der IGFM – Internationale Gesellschaft für Menschenrechte.

und die Freiheit zur Bildung zivilgesellschaftlicher Organisationen unter Strafe stellen und die im kubanischen Strafgesetz in Kraft bleiben. So lässt die Regierung politische Gefangene frei, während sie andere ins Gefängnis wirft. Dies geschieht auch derzeit. Solange die menschenrechtsverachtenden Gesetze nicht geändert werden, wird sich die Situation auf der Insel nicht verbessern.

Zum dritten Mal innerhalb von acht Jahren wurde der Menschenrechtspreis des Europäischen Parlaments, der Sacharow-Preis, nach Kuba vergeben. Preisträger 2010 ist Guillermo Farinas! Wie nicht anders zu erwarten, verweigerte das Castro-Regime dem Bürgerrechtler, nach Straßburg zu reisen und seine Auszeichnung entgegenzunehmen. Originell war die Begründung: In Havanna war angeblich keine Einladung des Europäischen Parlaments eingetroffen. So musste der Preisträger in Abwesenheit geehrt werden, ähnlich wie der chinesische Friedensnobelpreisträger in Oslo. Die leeren Stühle der in Straßburg und Oslo abwesenden Preisträger wurden zu Symbolen der Unterdrückung und beweisen, wie richtig und wichtig die Entscheidungen der Jurys waren.

Die IGFM engagiert sich seit 1977, fünf Jahre nach ihrer Gründung, für die Menschenrechte der Kubaner. Sie wird dieses Engagement so lange fortsetzen, bis auf der bei deutschen Urlaubern so beliebten Karibikinsel Demokratie und Pluralismus selbstverständlich sind.

Martin Lessenthin



aktuelles ▶

3 EDITORIAL

5 KUBA:

*Linksextreme stören Schweigemarsch
– Ehemalige politische Gefangene von
Castro-Anhängern beschimpft*

6 IRAN:

*Verhaftungen sollen reformorientierter
Zeitung das Rückgrat brechen*

7 WIEDERAUFARBEITUNG:

*Verherrlichung des Kommunismus
in Deutschland verboten*

8 PAKISTAN:

Christen in Bedrängnis



spezial KUBA ▶

10 EIN KUBANISCHES SCHICKSAL:

*Juan Adolfo Fernandez Sainz: Mein
Dissidentendasein auf Kuba*

18 TRANSFORMATION:

*Experten debattieren über Kubas politi-
schen und wirtschaftlichen Wandel*

20 WIRTSCHAFT:

*Eine kleine Prise Kapitalismus bitte!?
Castro-Regierung startet eine
gigantische Entlassungswelle*

**22 Die schlimmsten Bestandteile zweier
gesellschaftlicher Systeme vereint**

31 BUNDESTAG:

*Lammert: Kubaner haben Recht auf
gewähltes Parlament*



IGFM ▶

24 SEKTION SCHWEIZ:

*Menschenrechtspreis an palästinensich-
jüdische Organisation verliehen*

26 AG FULDA:

Weihnachtspakete für Rumänien

27 BERGEN ENKHEIM:

Frankfurter spenden Einkäufe

28 WITTLICH:

*Krankenhaus in Deutschland abgebaut
und in Afrika wieder aufgebaut*

30 IGFM ONLINE:

*Willkommen im Paradies der
Diktatoren – Ein Internetspiel für
die Menschenrechte*

34 BÜCHER:

*Märtyrer 2010 – Das neue „Jahrbuch
zur Christenverfolgung“*

Impressum

Herausgeber und Verlag: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.,
vertreten durch Karl Hafen, Geschäftsführender Vorsitzender.
Anschrift: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main.
Tel.: 069-42 01 08-0, Fax: 069-42 01 08-33, E-Mail: info@igfm.de, Internet: www.igfm.de
Kto.-Nr. 23 000 733, Taunus Sparkasse, BLZ 512 500 00.

Sektion Österreich: Untere Augartenstr. 21, A-1020 Wien. Tel.: 0043-1-33 29 543, E-Mail: office@igfm.at
Kto.-Nr. 7 800 100, Österr. Postsparkasse, BLZ 60 000.

Sektion Schweiz: Birkenweg 1, CH-2560 Nidau. Tel.: 0041-32-33 17 567, Fax: 0041-32-33 15 781, E-Mail: schlegel.cats@bluewin.ch
Kto.-Nr 0558-675564-01, Credit Suisse.

Redaktion: Martin Lessenthin (Chefredakteur), Max Klingberg, Vu Quoc Dung.
Layout: Ulrike Lessenthin, Beatrice Hornung (Titel).

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Monique Schlegel, Ulrike Lessenthin, Waltraud Ng, Sebastian Grundberger, Teresa Krknjak, Luise Krumm,
Wanda Wahnsiedler.

Anzeigen: Anne Schäfer (Anzeige S. 2 Idea, S. 29 Jung von Matt, S. 31 Grabarz + Partner, S. 32 Ogilvy & Mather)

Erscheinungshinweise: Viermal jährlich, Bezugspreis: In der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich
Einzelnummer 2,50 EUR, Jahresabonnement von vier Ausgaben 13,30 EUR; in der Schweiz 5 sFr und 30 sFr für ein Jahresabonnement.

Druck: Merziger Druckerei und Verlag, Merzig.

Titelfoto: dpa, Fotos: sofern nicht anders gekennzeichnet, IGFM.

Der Nachdruck der hier veröffentlichten Texte, auch auszugsweise, ist unter der Bedingung gestattet, dass unsere Publikation als Quelle
genannt wird. Wir bitten um die Übersendung von zwei Belegexemplaren. Mit Verfasseramen gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Mei-
nung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

Linksextreme stören IGFM-Schweigemarsch

Kubanische ehemalige Gefangene in Berlin von Castro-Anhängern als „Vaterlandsverräter“ beschimpft

Nur unter starken Sicherheitsvorkehrungen der Berliner Polizei konnte ein Schweigemarsch der IGFM in Berlin stattfinden. Gemeinsam marschierten Menschenrechtler mit ehemaligen politischen kubanischen Gefangenen von der Gethsemanekirche vor die kubanische Botschaft.

Friedlich wollten sie auf das Schicksal der mehr als 100 verbleibenden politischen Gefangenen hinweisen sowie den Respekt für die fundamentalen Menschenrechte in Kuba einfordern. Doch der friedliche Marsch wurde massiv gestört. Einige Dutzend Linksextreme aus dem Umfeld der Gruppe „Cuba Si“ hatten sich erst vor der Gethsemanekirche und anschließend vor der verbarrikadierten kubanischen Botschaft aufgebaut und traten der IGFM mit verbaler Aggression gegenüber.

Zur gleichen Zeit begrüßte IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin die Teilnehmer des Marsches in der Kirche. Er erinnerte an die kirchlichen Oppositionsgruppen zu DDR-Zeiten, an die Umweltbibliotheken, die Betreuung der politischen Gefangenen durch die IGFM und die friedliche Revolution in der DDR. Noch heute erinnern die Exponate in der Gethsemanekirche an die mutigen Bürgerrechtler, deren Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ stärker war, als die Parolen der sozialistischen Obrigkeit.

„man sollte sie wieder einsperren!“

Die Menschenrechtsaktivisten wurden dabei unter anderem als „Rassisten“, „Faschisten“, „Arschlöcher“ und „Würmer“ bezeichnet. Die kubani-



Teilnehmer des IGFM-Schweigemarsches auf dem Weg von der Gethsemanekirche (Kirche der Revolution) zur Botschaft der Republik Kuba.

schen Dissidenten mussten sich anhören, sie seien „Vaterlandsverräter“ und „man solle sie wieder einsperren!“.

„hier beschützt uns die Polizei, in Kuba schreit sie mit“

Luis Enrique Ferrer García, der erst zwei Wochen zuvor dem kubanischen Gefängnis entkommen war, erklärte: „Diese Beschimpfungen kennen wir bereits aus Kuba. Nur gibt es einen

Unterschied. Dies ist ein freies Land und hier beschützt uns die Polizei. In Kuba schreit die Polizei mit“. Der brandenburgische Landtagsabgeordnete Dieter Dombrowski (CDU), der genau wie sein CDU-Kollege im Europaparlament, Dr. Christian Ehler, an dem Schweigemarsch teilnahm, zeigte sich „entsetzt“, dass sich Aktivisten für Menschenrechte und Demokratie heute noch derartige Beleidigungen anhören müssten.



IGFM-Mahnwache vor der kubanischen Botschaft in Berlin.

IRAN

Verhaftungen sollen reformorientierter Zeitung das Rückgrat brechen

Im Dezember 2010 sind iranische Sicherheitskräfte mit roher Gewalt gegen die bedeutendste noch verbliebene reformorientierte Tageszeitung des Iran vorgegangen.

Am Dienstag, dem 7. Dezember 2010, drangen Beamte in die Redaktion der Tageszeitung „Shargh“ („Osten“) ein und verhafteten ohne Angabe von Gründen den finanziellen Sponsor der Zeitung, Ali Khoda Bakhsh, und drei der wichtigsten Mitarbeiter: den Chefredakteur und Schriftsteller Ahmad Gholami, die Redakteurin für Außenpolitik Farzaneh Roustaei, und den Politik-Redakteur Kayvan Mehregan.

Die Beamten misshandelten mehrere Journalisten so schwer, dass einer von ihnen mit dem Rettungswagen aus der Redaktion in ein Krankenhaus gebracht werden musste.

Weitere Verhaftung nach kritischem Artikel

Wenige Tage später, am 9. Dezember, wurde Amir Hadi Anvari, ein Mitarbeiter der Zeitung aus dem Wirtschaftsressort, verhaftet. Am 12. Dezember nahmen Beamte eine weitere Politik-Redakteurin der Zeitung, Reyhaneh Tabatabai, im Haus ihres Vaters in Teheran fest und lieferte sie ins berüchtigte Evin-Gefängnis ein. Am Tag vor ihrer Verhaftung hatte sie die massenhafte Entlassung von Professoren aus politischen Gründen kritisiert.

„Verbrechen gegen die Sicherheit“

Lediglich zu den Verhaftungen vom 7. Dezember äußerte der Teheraner Staatsanwalt Abbas Jafari Dolatabadi gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur ISNA, die Journalisten und der



Reyhaneh Tabatabai, Politik-Redakteurin der reformorientierten iranischen Tageszeitung "Shargh" ("Osten"), ist am 12. Dezember 2010 verhaftet worden.

Sponsor der Zeitung seien wegen „Verbrechen gegen die Sicherheit“ inhaftiert worden. Angaben über die offiziellen Gründe für die weiteren Verhaftungen machten die Behörden nicht.

Die Zeitung hatte, nachdem sie dreimal verboten worden war, erst am 11. April 2010 wieder ihre Arbeit aufgenommen.

Ursache für die Verbote war in allen drei Fällen ihre unabhängige und kritische Berichterstattung. Im ersten Fall war der Grund die Veröffentlichung eines Briefes reformorientierter Parlamentsabgeordneter an den „Führer“ der Islamischen Republik, Ali Khamenei, in dem die Verfasser den Wächterrat wegen des massenhaften Ausschlusses reformorientierter Persönlichkeiten als Kandidaten bei den Parlamentswahlen

kritisierten. Im Sommer 2007 und nach der gefälschten Präsidentenwahl vom 12. Juni 2009 war die Zeitung von der iranischen Zensurbehörde erneut verboten worden.

Langjährige Haftstrafen für Journalisten

Zahlreiche Journalisten sind im Iran wegen kritischer Berichterstattung zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Gelegentlich sind zwar einige wenige politische Gefangene in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 aus der Haft entlassen worden. Eine bedeutend größere Zahl von Angehörigen der Demokratiebewegung ist aber neu verhaftet worden.

Am 9. Dezember 2010 wurden der Chefredakteur Ahmad Gholami und der Verleger der Zeitung Ali Khoda Bakhsh auf freien Fuß gesetzt. Die übrigen Mitarbeiter sind weiter im Gefängnis. Die Mitarbeiter fürchten weitere körperliche Angriffe auf Journalisten, weitere Verhaftungen, die endgültige Schließung der Zeitung und die Misshandlung der inhaftierten Kollegen. Die Zukunft der bis Dezember 2010 bedeutendsten noch verbliebenen reformorientierten Tageszeitung des Iran ist daher ungewiss. Die Zeitung erscheint weiter, aber sie wagt kaum mehr das Maß an Kritik, die die Zeitung einst populär gemacht hat.

Nach Einschätzung der IGFM werden in Iran gezielt Journalisten und Herausgeber verhaftet, um reformorientierte Medien personell auszubluten und unabhängigen Medien so das Rückgrat zu brechen. Verhaftungen, systematische Misshandlung und Folter von Journalisten in der Islamischen Republik dienen außerdem dazu, die Presse zur Selbstzensur zu zwingen.

Verherrlichung des Kommunismus in Deutschland verbieten

Gedenkstättenleiter: Nach der Wiedervereinigung ist viel „falsch gelaufen“

Die Verherrlichung des Kommunismus sollte in Deutschland verboten werden. Dafür plädierte der Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, am 27. November in Hohenstein-Ernstthal.

Knabe sprach vor dem Arbeitskreis Kommunalpolitik im Landesverband Landeskirchlicher Gemeinschaften in Sachsen. In anderen ehemaligen Ostblockländern existiere ein solches Verbot zum Teil seit Jahren, etwa in Polen, Tschechien, Ungarn und im Baltikum. Wer in Ungarn beispielsweise öffentlich ein T-Shirt mit dem roten Kommunistenstern trage, mache sich damit strafbar. Nach Knabes Worten ist nach der deutschen Wiedervereinigung viel „falsch gelaufen“.

Entscheidungen des Unrechtsstaates DDR wurden Rechtsnormen

So seien mit dem Einheitsvertrag von 1990 zahlreiche Entscheidungen des Unrechtsstaats DDR zu bundesdeutschem Recht geworden. Zum Beispiel sind Enteignungen geschützt, wenn sie damals symbolisch entschädigt wurden.

Die Anerkennung von Bildungsabschlüssen habe dazu geführt, dass etliche frühere Stasi-Mitarbeiter – vor allem Vernehmer – heute als Rechtsanwälte tätig seien. Knabe zufolge haben sich viele noch kurz vor dem Ende der DDR eine Anwaltslizenz ausstellen lassen. Dass bei vielen Bundestagsabgeordneten der Partei „Die Linke“ als Berufsangabe „Diplom-Philosoph“ stehe, liege daran, dass sie in der DDR Marxismus-Leninismus studiert hätten.



Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen.

220 Millionen für Renten von Stasi-Mitarbeitern

Als weiteren Fehler bezeichnete Knabe die Entscheidung, ehemaligen SED-Funktionären und Stasi-Mitarbeitern ihre Rentenansprüche aus DDR-Zeiten in voller Höhe zu gewähren: „Das hat dazu geführt, dass ein Wärter, der zehn Jahre in Bautzen tätig war, heute mehr Rente bekommt als ein Häftling, der dieselbe Zeit dort war.“ So würden allein für die Rentenansprüche ehemaliger Stasi-Mitarbeiter jährlich 220 Millionen Euro an Steuermitteln benötigt. Im Bundestag säßen heute vor allem für die Linke 25 ehemalige SED-Funktionäre, aber mit Arnold Vaatz (CDU) nur ein Vertreter der Bürgerbewegung.

Warum keine „Straße der friedlichen Revolution“?

Das Erbe der friedlichen Revolution werde leider stiefmütterlich behandelt. So gebe es keine einzige „Straße der friedlichen Revolution“, dafür aber

nach wie vor unzählige Ernst-Thälmann oder Karl-Liebknecht-Straßen. Mit Blick auf die EU nannte es Knabe bedenklich, dass es eine einheitliche Norm für die Krümmung von Bananen gebe, aber keine dafür, wie man Verantwortliche einer Diktatur bestraft. Der frühere Erste Bürgermeister von Glauchau, Helmut Trommer, sagte, Freiheit und Urteilsfähigkeit gehörten zusammen. Dieser Zusammenhang hinsichtlich der DDR-Vergangenheit werde vielfach vernachlässigt. Anstatt Missstände beim Namen zu nennen, werde die Vergangenheit verklärt.

Scharfe Kritik an EKD-Kirchenpolitik: Der Evangelist Theo Lehmann (Chemnitz) rief Christen auf, wachsam gegenüber politischen Entwicklungen zu sein. Kein Gebot komme so häufig in der Bibel vor wie das der Wachsamkeit. Mit Blick auf die PDS-Nachfolgepartei „Die Linke“ sagte Lehmann: „Menschen, die uns 40 Jahre belogen haben, dürfen auf keinen Vertrauensvorschuss mehr hoffen.“ Christen sollten aufpassen, anstatt sich anzupassen.

Heftige Kritik übte der Pfarrer an der auf der EKD-Synode getroffenen Entscheidung, homosexuelle Pfarrer zusammen mit ihrem Partner im Pfarrhaus leben zu lassen, wenn die jeweilige Landeskirche zustimmt. Das sei der „Tiefpunkt“ in der bisherigen Kirchenpolitik der EKD. In diesem Zusammenhang warnte er Christen vor Gleichgültigkeit und davor, es sich „gemütlich zu machen“: „Ein Leben mit Jesus hat mit Gemütlichkeit nichts zu tun.“ Eine Kirche, die biblische Wahrheiten nicht mehr klar benenne, sei tot.

idea

PAKISTAN

Christen in Bedrängnis

Vom 1. bis 13. Oktober 2010 unternahmen IGFM-Mitarbeiter Walter Flick und IGFM-Mitglied Heinz Josef Ernst auf Einladung von IGFM-Kuratoriumsmitglied Joseph Coutts, katholischer Bischof von Faisalabad, eine Recherchereise nach Pakistan.

Am Sonntag, dem 3. Oktober, traf man frühmorgens in Lahore, empfangen von Bischof Coutts und Mitarbeitern der IGFM-Mitgliedsorganisation CLAAS, ein. Vom 3. bis zum 7. Oktober waren die beiden Gast von Joseph Coutts im katholischen Bischofshaus der Millionenstadt Faisalabad. Das Bischofshaus ist mit seinem weiträumigen Gelände von einer hohen Mauer umgeben und ständig, wie alle wichtigen Kirchen, bewacht.

Die Geißel der Schuldknechtschaft

Beeindruckend war der Franziskus-Festtag am 4. Oktober im nach dem Heiligen benannten christlichen Dorf Franziskabad. Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts gibt es im damals zu Britisch-Indien gehörenden Gebiet von deutschen katholischen oder evangelischen Missionaren gegründete christliche Dörfer. Die Besucher aus Deutschland erfuhren von Pfarrern, dass Gemeindemitglieder in Schuldknechtschaft geraten waren. In Pakistan arbeiten allein 1,7 Millionen Menschen als Tagelöhner in rund 6.000 Ziegeleien. Die Eigentümer der Ziegeleien oder deren Angestellte verleihen den Arbeitern Geld, das von diesen zum Beispiel für Finanzierung von Hochzeiten verwendet wird.

Systematisch ausgebeutet

Die Arbeiter, meist Analphabeten, können nicht einschätzen, wie viel Geld zurückgezahlt werden muss. Die „Bos-

se“ ziehen daraus Nutzen und legen den Abhängigen „Geldstrafen“ auf. Die Arbeiter sind gezwungen zu bleiben, ohne den Betrag zurückzahlen zu können.

Islamisten verübten Massaker an Christen

Auf der Rückreise von Franziskabad besuchte man das Dorf Gojra, in dem Christen im Sommer 2009 wegen angeblicher Koranverunglimpfung Opfer eines Pogromes durch Muslime wurden. 55 Häuser wurden durch Feuer ganz zerstört und acht Christen kamen zu Tode.

In Gesprächen mit christlichen Geistlichen erfuhren wir immer wieder, dass es wichtig ist, bei aufkommender Pogromstimmung oder überhaupt bei interreligiösen Spannungen zur Deeskalation eine Verständigung mit isla-



Staatlich bestellter Wachmann vor der Sankt Anthony's Church in Lahore. Bedeutende Kirchen sind in Pakistan von Mauern umgeben. An christlichen Festtagen und wichtigen Gottesdiensten werden Gruppen von Wachleuten auch auf Dächern eingesetzt.

Fotos: Heinz Josef Ernst

mischen Religionsführern herbeizuführen. Dies gelingt nicht immer, aber auch nicht selten.



Begegnung mit Opfern von Menschenrechtsverletzungen in der Kanzlei des christlichen Menschenrechtsverteidigers Akbar Durrani in Lahore. Von rechts: Rechtsanwalt Joseph Samson, Heinz Josef Ernst, Walter Flick, Rechtsanwalt Akbar Durrani, christliche Klientin mit drei Kindern, deren christlicher Mann als angeblicher Dieb im Gefängnis sitzt. Rechtsanwalt Durrani ist am Supreme Court in der Hauptstadt Islamabad (höchstes Gericht) zugelassen. Menschenrechtsverteidiger wie er werden wegen ihrer Tätigkeit von Extremisten bedroht.

Am 5. Oktober reisten die deutschen IGFM-Vertreter mit dem Bischof zum christlichen Dorf Issanagri, wo sie sich an der Lebensmittelausgabe für Bedürftige beteiligten. Die deutschen Besucher besichtigten Ziegeleien, in denen Christen – auch Kinder und Jugendliche – und andere zu Hungerlöhnen schufteten und in erbärmlichen Verhältnissen leben. Kinder können nicht zur Schule und es gibt keine Absicherung im Krankheitsfall. Mit islamischen Ziegeleibesitzern konnten Gespräche geführt werden. In Faisalabad führten sie mit einer Versammlung islamischer Gruppenvertreter Gespräche, die ein friedliches, anderes Pakistan aufbauen wollen.

Beim Besuch eines kirchlichen Menschenrechtsbüros kam es zu einer Begegnung mit dem mehrfach vom Sohn eines vermögenden muslimischen Großgrundbesitzers vergewaltigten 14-jährigen, christlichen Dienstmädchens Kiran Niaz. Das Mädchen war bereits im siebten Monat schwanger und erschien mit seinem Vater, einem Polizisten und einem muslimischen Nachbarn, der für den Täter einen finanziellen Kompromiss aushandeln wollte.

Die IGFM-Vertreter unterstützten den Vater, bei seiner Anzeige zu bleiben. Nachdem Kirans Vater, ein einfacher Tagelöhner, den Vergewaltiger anzeigte und ein Untersuchungsverfahren eingeleitet wurde, ist der Täter auf der Flucht. Gleichzeitig wurden Kiran und ihre 7-köpfige Familie bedroht, sodass sie untertauchen mussten.

Begegnungen in Lahore

In Lahore besuchten die IGFM-Vertreter die Menschenrechtsorganisation CLAAS. CLAAS ist ein langjähriger IGFM-Kooperationspartner. Sie konnten deren Mädchenschutzhaus Apna Gar und ein „Safe House“ für bedrohte Konvertiten aus dem Islam besichtigen. Einen Tag verbrachten die deutschen Menschenrechtler im Büro des Rechtsanwaltes Akbar Durrani, Präsident der christlichen Rechtsanwaltver-



Besuch mit Bischof Joseph Coutts in einer Ziegelei nahe Faisalabad. Christliche Männer, Frauen, Jugendliche, Kinder formen in glühender Hitze im Akkord Lehm. Die Arbeiterinnen und Arbeiter besitzen keinerlei soziale Absicherung.

einigung Pakistans, der uns u.a. mit zwei seit 7 Jahren wegen angeblicher Blasphemie im Untergrund lebenden Christen bekannt machte. Sie und ihre Familien können sich wegen der Gefahr der Ermordung durch religiöse Fanatiker nicht öffentlich zeigen. Die IGFM-Vertreter trafen sich noch mit den Vertretern verschiedener Menschenrechtsorganisationen und dem katholischen Erzbischof von Lahore Lawrence Saldanha zusammen. Eben-

so mit Rechtsanwältin Aneeqa Akhtar, die das Kinderhilfswerk Voice leitet und zeitweilig in der IGFM-Geschäftsstelle Frankfurt arbeitete.

Die Christen in der Islamischen Republik Pakistan, gut 3 Prozent der 170 Millionen Einwohner, sind eine bedrohte Minderheit, und weiterhin eine besondere Aufgabe der IGFM.

Walter Flick



Vergewaltigungsoffer und schwanger: die 14-jährige Kiran Niaz (Mitte) im Menschenrechtsbüro von Nisar Barkat (rechts) in Faisalabad. Kiran, die als Dienstmädchen im Hause des Vaters des Vergewaltigers arbeitete, wurde von ihrem Vater (stehend) und einem Polizisten begleitet.

Juan Adolfo Fernandez Sainz: Mein Dissidentendasein auf Kuba

Ich war als Dolmetscher bei der kubanischen Regierung tätig als die Berliner Mauer fiel. Mein Gehalt betrug damals knapp 300 Pesos. Auf dem Schwarzmarkt war ein US-Dollar mehr als 100 Pesos wert. Daran sah ich, dass ich weniger als drei US-Dollar im Monat verdiente.

Ich hörte mir alle politischen Reden an und las täglich die offizielle Zeitung, um einen Anhaltspunkt zu finden, dass Kuba dabei war sich zu ändern. Alle waren sich einig: Kuba brauchte eine effizientere Wirtschaft und die politische Macht muss demokratisch sein. Aber Fidel Castro verfolgte weiter seinen Kurs, als ob nichts geschehen war. Die Situation war unerträglich, unser Volk litt.

In dieser geistigen Verfassung hörte ich in Radio Marti – ein von der US-Regierung unterstützter Sender für Kuba – kubanische Dissidenten reden. Ich traute meinen Ohren nicht. Ich fand sie so wahrhaftig und ehrlich und intelligent, dass ich einer von ihnen sein wollte, denn was sie sagten, war genau meine Meinung. Sie waren gegen Gewalt, wollten nur den Übergang zur Demokratie und die Achtung der Menschenrechte.

Aber sobald ich einer von ihnen wurde, verlor ich meinen Job. Ich arbeitete jetzt vierzehn Stunden am Tag als Journalist, besuchte politische Versammlungen und traf mich mit meinen neuen Freunden. Ich wurde Mitglied einer politischen Organisation, die mir gefiel, und war bald auch bei Radio Marti. Da es verschiedene Strömungen in unserer Partido Solidaridad Democratica gab, musste ich auch immer wieder Zugeständnisse machen, um einen politischen Konsens zu erzielen.

Einige Journalisten in der Dissidentenbewegung hatten die Idee, eine unabhängige Presseagentur zu gründen. Da alle Massenmedien in den Händen der Regierung waren, würde eine von der kommunistischen Partei unabhängige Agentur ein



Juan Adolfo Fernandez Sainz (geb. 30.11.1948), verhaftet 2003, verurteilt zu 15 Jahren Gefängnis und am 20. August 2010 nach Spanien ausgewiesen. Seit Dezember 2010 lebt er mit seiner Familie in Miami.

sehr nützliches Instrument sein, um der Welt den wahren Stand der Dinge in Kuba zu zeigen. Ich schloss mich ihnen an und schrieb Artikel. Nun brauchte ich mich nur noch nach meinem Gewissen zu richten und ich konnte mit meinen Artikeln Geld verdienen, indem ich sie auf einer Website – Encuentro – und in einigen ausländischen Zeitungen veröffentlichte.

Etwa fünf Jahre später, im Jahr 1999, erließ die Regierung ein Gesetz, das speziell auf unabhängige Journalisten zugeschnitten war: Wer mit ausländischen Journalisten über die Lage in Kuba spricht, wird mit vielen Jahren Gefängnis bestraft. Wer in einer Gruppe arbeitet, also Mitglied einer Agentur ist und damit Geld verdient, wird zu einer noch strengeren Strafe verurteilt.

Meine ganze Familie war darüber besorgt, aber ich beschloss weiterzumachen – wie praktisch alle von uns. Aufhören wäre Feigheit gewesen und wir hatten jedes Recht der Welt, die Wahrheit über unser Land zu erzählen. Unser Zeugnis war sehr

wertvoll und wenn die Regierung dieses Gesetz erlassen hatte, war das ein Beweis dafür, dass wir sehr wirksam waren. Sie hatte einen politischen Preis dafür bezahlt dieses Gesetz (Dekret 88) zu verabschieden, aber wir sollten weiter das tun, was wir taten.

Ich schrieb weiter meine Artikel, las die offizielle Presse, um zu sehen, was die Regierung und vor allem Fidel Castro sagten, um darauf in irgendeiner Weise zu reagieren. Ich habe versucht, respektvoll zu berichten, um keinen Anlass zu bieten, mir Respektlosigkeit vorzuwerfen. Deshalb habe ich immer sehr genau meine Quellen geprüft. Und wenn ich Zweifel hatte, dann habe ich eine Veröffentlichung vermieden.

In der Vergangenheit hatte die Regierung mehrere unabhängige Journalisten ins Gefängnis geschickt wegen angeblicher „Respektlosigkeit“ – gegenüber den Behörden oder politischen Persönlichkeiten oder auch wegen angeblicher „Verbreitung falscher Nachrichten“. Wenn ein Gefangener berichtet hatte, dass er misshandelt wurde, wenn man ihn dann erpresste und er daraufhin das dem Journalisten Gesagte leugnete, wäre das vor Gericht gegen den Journalisten verwendet worden. Die Strafen zuvor betrug zwei oder drei Jahre Gefängnis, doch durch Dekret 88 mussten wir viel härtere Strafen befürchten. Meine Familie wurde nervös und so auch ich.

Die Verhaftung

Am 19. März 2003 kam ich um 18 Uhr nach Hause. Fünf Minuten später klingelte die Polizei bei mir. Es war wie eine Armee von Sicherheitsbeamten in grüner Uniform. Der Anführer zeigte mir sein Abzeichen und sagte, sie würden nun mein Haus durchsuchen. Am Vortag hatte ich schon gehört, dass viele meiner Kameraden festgenommen worden waren, und so erwartete ich das Schlimmste.

Die Hausdurchsuchung und Befragung dauerten bis 2 Uhr früh. Ich, meine Frau und meine Tochter saßen oder gingen rund um unser Haus und warteten ab. Sie haben jedes Stückchen Papier geprüft und alles beschlagnahmt, was ihnen verdächtig erschien. Sie untersuchten alle meine Bücher, Notizbücher und alles, was ich veröffentlicht hatte. Ich habe fast nie etwas vernichtet, weil ich sehr stolz auf das war, was ich veröffentlicht hatte.

Sie beschlagnahmten viele meiner Bücher, meine Schreibmaschine, ein kleines Tonbandgerät mit Kassetten und so weiter. Sogar eine Videokamera, die meiner Tochter gehörte, wurde beschlagnahmt. Sie untersuchten auch ihre Kleidung. Aber sie konnten keine Waffen oder Drogen finden oder sonst etwas Illegales, sie fanden nur das, was ich gelesen und geschrieben hatte. Keiner von ihnen hatte eine Vorstellung davon, wer ich war und was ich wirklich getan habe. Ich saß die ganze Zeit da und beantwortete geduldig und höflich ihre Fragen. Ich erinnere mich, dass sie auch etwas in englischer Sprache fanden und fragten, was es war. Da sagte ich ihnen, dass ich nicht verpflichtet bin, ihre Arbeit zu tun. Sie wussten nicht, dass ich Übersetzer war.

Als sie mich wegbrachten, wurde ich in Handschellen gefesselt und in einen Streifenwagen der Staatssicherheit gesetzt. Ich wurde zur Villa Marista gebracht, den Sitz der kubanischen politischen Polizei. Von mir wurden Fingerabdrücke genommen, mir wurde befohlen, Häftlingskleidung anzuziehen, und ich wurde mit drei weiteren Personen in eine Zelle gesperrt.

Die Verhöre

Am nächsten Morgen wurde ich zum Verhör gebracht. Ich habe alle Fragen höflich beantwortet und nichts verschwiegen. Nach einer zweistündigen Sitzung wurde mir das Protokoll zur Unterzeichnung vorgelegt. Ich habe es aufmerksam durchgelesen und fand, dass es meine Aussagen sehr entstellt wiedergab. Sagte ich zum Beispiel aus, dass ich über die sehr schwierige Situation geschrieben habe, die Kubaner durchleben, stand im Protokoll, dass ich Radio Marti gehört habe



Juan Adolfo Fernandez Sainz kurz vor seiner Verhaftung im Jahr 2003.

(und von dessen Botschaften vergiftet worden bin), was mich dazu veranlasst hätte, gegen die Regierung zu schreiben.

Ich erklärte dem Beamten, das sei eine totale Verdrehung meiner Aussage und blieb eine lange Zeit still. Der Mann saß da und schaute mich an. Dann sagte er: „Worüber sollen wir denn dann reden? Über Joana?“ (das ist meine Tochter).

Nach einer Woche solcher Sitzungen brachten sie mir die Anklageschrift. Ich wurde davon in Kenntnis gesetzt, dass die Anklage für mich fünfzehn Jahre Gefängnis fordert. Ich hatte eine schreckliche Nacht, aber ich habe immer versucht, so gut es ging einen kühlen Kopf zu behalten. Ich wusste, das ist kein Spiel und dass sie es ernst meinen, aber ich fand die Kraft, standhaft zu bleiben. Am nächsten Tag sagte ich zu meinem Vernehmer, dass ich nicht um Gnade bitten werde und das Recht habe, das zu tun, was ich getan habe. Ich danke Gott für diese Stärke.

Es war schrecklich. Ich hatte vier oder fünf Jahre Gefängnis erwartet. Aber es sollten fünfzehn sein. Die Besuche der Staatsanwaltschaft wurden ab jetzt weniger häufig, vielleicht einmal pro Tag und manchmal ganze Tage ohne Befragung.

Dann kam das Gerichtsverfahren: Wir kannten den Tag nicht, weil sie uns informiert hätten, sondern weil sie uns neue Uniformen und einen Haarschnitt verpasseten. Am nächsten Morgen wurden wir vor

Gericht gestellt. Ich habe meinen Anwalt dort nicht gesehen.

Meine Familie beauftragte eine Anwältin, die bereits vier Dissidenten verteidigt hatte in den berühmten Verfahren von Martha Beatriz Roque, Felix Bonne, Rene Gomez Manzano und Vladimiro Roca. Ich konnte meine Anwältin im Gerichtssaal nicht sehen. Sie ließ mir durch meine Familie ausrichten, dass ich während des Prozesses nicht sprechen sollte. Nach fünf Minuten kam ein Beamter ans Fenster und informierte sie, dass das Gerichtsverfahren in ca. fünf Minuten beginnen werde. Da sagte sie: „Lassen Sie mich noch zu meinen anderen Mandanten gehen (es waren vier), damit ich wenigstens vor Gerichtsbeginn noch ihr Gesicht sehe“.

An diesem Morgen standen wir zu sechst vor Gericht, alle waren Dissidenten und unabhängige Journalisten. Das Verfahren dauerte den ganzen Tag. Kurz vor Sonnenuntergang brachte man uns weg. Ich habe vor Gericht nichts gesagt. Unsere Anwältin erklärte vor Gericht, dass wir überhaupt keine Strafe verdient hätten, dass alle Gesellschaften zu ihrer eigenen Gesundung Kritik bräuchten und dass, selbst wenn wir es wollten, wir nicht die Mittel haben, um unser Ziel zu erreichen.

Am ersten Nachmittag zeigten sie uns ein Video über die Geschichte der Staatssicherheit. Ein Oberst sagte, dass die US-Regierung schon immer zugegeben habe, dass sie mehrere Millionen Geld bereitstellt für Organisationen, die in Kuba die Regierung verändern wollen, was ein Angriff auf unsere Souveränität sei. Ich erinnere mich noch sehr genau, dass nachdem wir den Dokumentarfilm angesehen hatten, ein anderer Rechtsanwalt sagte: „Das fand ich sehr interessant. Aber meine Frage ist: Was soll das mit meinen Mandanten zu tun haben? Das sind sehr schwere Vorwürfe gegen die Dissidenten. Sie müssen erst noch nachweisen, ob und wie viel Geld mein Mandant bekommen und was er damit gemacht hat.“

Nach dem Gerichtsverfahren wurden wir zur Villa Marista zurückgebracht und binnen ein bis zwei Wochen in verschiedene Gefängnisse eingewiesen. In der Villa

Marista hatten wir mittwochs Familienbesuche. Meine Familie war für mich immer eine Quelle des Trostes und der Stärke. Die Besuche fanden in Anwesenheit eines Beamten statt. Wir sollten nicht über politische Fragen sprechen. Alles, was sie mir über die anderen sagen konnten, war: „Wir haben gerade Gisela gesehen, und die lässt dich grüßen.“ Da wusste ich dann, dass Giselas Mann, Hector Palacios Ruiz, ebenfalls in der Villa Marista war. Eines Tages wurde uns gesagt, wir sollen unsere Sachen zusammenpacken. Das bedeutete, dass man uns wegbringen wird.

Bus ins Gefängnis

Man brachte uns aus unserer Zelle in einen Raum, in dem wir auf die anderen warten mussten. Dort hatte ich die Chance, allen für einen kurzen Moment zu begegnen. Dann brachte man uns zu einem Bus. Es war ein Fünf-Sterne-Bus, der nur für Touristen bestimmt war. Wir staunten über den Luxus, den man uns bereitete. In diesem Bus saßen etwa vierzig von uns sowie zwanzig Wachen. Wir wurden königlich behandelt, zumindest für kubanische Verhältnisse. Mittagessen wurde uns serviert, es gab Reis mit Huhn und eingemachte Sojabohnen. Wir waren die ganze Zeit mit Handschellen gefesselt, konnten aber mit unseren Nachbarn reden. Wenn die Unterhaltung etwas zu kritisch wurde, sagten uns die Wachen, wir sollen den Mund halten. Die Wachen verhielten sich professioneller als normale Polizisten.

Die ganze Zeit haben sie uns Filme vorgeführt. Auf die gewöhnlichen Fußgänger musste unser Transport wie ein Bus mit Touristen gewirkt haben. In einem Park saßen einige junge Männer. Ich hob meine Hände, damit sie meine Handschellen sahen. Aber sofort sagte mir der Wächter, dass ich das nicht mehr tun solle. Wir wussten nicht, wohin man uns brachte.

In Las Villas hielten sie an einem Gefängnis – ich glaube es war La Pendiente – und drei oder vier von uns, darunter Hector Maseda, wurden dort zurückgelassen. Diese Prozedur wiederholte sich mehrere Male: Eine gewisse Strecke Fahrt, ein Stopp vor einem Gefängnis und mehrere von uns wurden aus dem Bus gebracht.

Madrid, September 2010:
(v.l.) Arturo Perez de Alejo Rodriguez und Juan Adolfo Fernandez Sainz im Gespräch mit Martin Lessenthin, IGM-Vorstandssprecher. Arturo Perez de Alejo Rodriguez, geb. 23.05.1951, verheiratet, 3 Kinder, Präsident und Gründer der „Unabhängigen Organisation für Menschenrechte“. Verhaftet 2003 und zu 20 Jahren Haft verurteilt, am 21.07.2010 vorzeitig freigelassen und nach Spanien abgeschoben.



Wir stoppten am Gefängnis Camaguey, dort ließen wir Mario Enrique Mayo und Normando Hernandez Gonzalez zurück. Dann setzte sich ein Sicherheitsbeamter neben mich und informierte mich, dass ich nach Holguin komme. Als wir dort ankamen, sah ich auf einem Verkehrsschild, dass wir 777 km von Havanna entfernt waren.

Im Holguin-Gefängnis

Fünf von uns blieben in Holguin, dem Provinzgefängnis – bei den älteren Leuten heißt es nur „Altes Gefängnis“. Im Bus blieben noch jene, die weiter transportiert wurden, nach Santiago de Cuba und nach Guantanamo. Ich erinnere mich, unter ihnen waren auch Oscar Espinosa Chepe, der sich gar nicht wohlfühlte, und Jorge Olivera.

Fünf von uns wurden für den Rest der Nacht in eine temporäre Zelle gesperrt. Am nächsten Morgen wurden uns Fingerabdrücke genommen und Fotos gemacht. Wir erhielten grundlegende Informationen (*über unseren Gefängnisaufenthalt). Dann teilte man uns der Abteilung Nr. 3 mit 90 gewöhnlichen Häftlingen zu. Im Trakt gab es dreißig Zellen mit je drei Insassen. Uns wurden die Betten zugewiesen und wir wurden dem „Verantwortlichen für Disziplin“ vorgestellt – einem gewöhnlichen Häftling, der bei der Gefängnisleitung einen besonderen Status hatte. Sollte es Probleme geben, würde er mit Autorität auch auf grausamste Weise seinen Willen durchsetzen. Während meiner Haftzeit im Provinzgefängnis von Hol-

guin bemerkte ich, dass die Wachen gegenüber den Insassen meistens nicht gewalttätig waren, denn die „Verantwortlichen für Disziplin“ haben die schmutzige Arbeit weitestgehend für sie erledigt. Wenn es hart herging, zeigten diese ihre Autorität mit Fäusten.

Nach weniger als einer Woche stieß auch Ivan Hernandez Carrillo zu uns fünf. Dies geschah im April, denn ich erinnere mich, dass wir einige Tage später die Mai-Parade im Fernsehen gesehen haben. Etwa eine Woche später wurden eines Abends alle neunzig Insassen informiert, dass sie sich für den nächsten Morgen bereithalten sollten, außer denjenigen, die „letzte Woche aus Havanna gekommen sind“.

Am nächsten Morgen wurden alle gewöhnlichen Gefangenen abtransportiert, nur wir sechs blieben zurück. Es war der Beginn unserer Einzelhaft. Jeder kam in eine Einzelzelle, die eine Nummer gemäß der Höhe der Gefängnisstrafe erhielt: Ivan (25 Jahre) kam in die Zelle Nr. 1, die zweite Zelle blieb leer, in die Zelle Nr. 3 kam Angel Moya Acosta (20 Jahre), Zelle Nr. 4 war wieder leer, Antonio Ramon Diaz Sanchez (20 Jahre) kam in die Zelle Nr. 5, die Zelle Nr. 6 blieb leer, dann kam Mario Enrique Mayo (20 Jahre) in Zelle Nr. 7, die Zelle Nr. 8 blieb leer, Arnaldo Ramos Lauzurique (18 Jahre) kam in Zelle Nr. 9, Zelle Nr. 10 blieb leer und ich (15 Jahre Gefängnis) kam in die Zelle Nr. 11.

Etwa eine Woche später traf ein weiterer politischer Gefangener ein. Es war Alfre-

do Dominguez Batista, der zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Er kam in Zelle Nr. 13. Wir blieben in Einzelhaft bis Ende November.

In der Einzelhaft konnten wir nur mit lauter Stimme oder durch Rufen kommunizieren. Zwei Wächter waren bei uns, die meiste Zeit saßen sie am Eingang des Trakts. Vor ihnen lag ein breiter Korridor mit fünfzehn Zellen auf jeder Seite. Wir waren alle auf der linken Seite. Da war noch ein anderer Kerl, ein gewöhnlicher Häftling, der sich anbot, uns zu helfen, wenn wir etwas brauchen würden. Er brachte uns unsere Mahlzeiten und führte einfache Arbeiten durch. Die Wachen kamen gewöhnlich morgens, öffneten unsere Türen und führten vier von uns hinaus ins Sonnenlicht. Danach kamen die anderen drei an die Reihe.

Die Fläche mit Sonneneinstrahlung war ein kleiner Hof mit Eisengitter als Decke und Tür. Der Hof war etwa zehn Meter lang und vier Meter breit und in vier oder fünf Käfige unterteilt, in die wir einzeln hineingeschlossen wurden. Nach einer Stunde wurden wir wieder in die Zellen geführt und andere kamen an die Reihe.

Nachmittags wurden wir aus den Zellen gelassen, je einzeln in den Waschraum. Wenn man duschen wollte, musste man einen Plastikeimer mit Wasser füllen und das Wasser über sich gießen. Zu dieser Zeit gab es immer genug Wasser. Zwischen fünf und sechs Uhr morgens wurde uns Trinkwasser in die Zelle gebracht. Einer von uns musste die Flaschen füllen.

Die Zellen waren nicht sehr klein und ursprünglich für drei Häftlinge gedacht. Es gab darin ein dreistöckiges Etagenbett. Am Tage eins unserer Isolation wurden zwei Etagen abgebaut. Wir schliefen alle auf dem untersten Bett. Es gab ein großes Fenster, mit Eisengittern. Hinter dem Bett war die Toilette: ein rundes Loch in einem Zementwürfel, der je zwei Fuß hoch, lang und breit war. Von der Tür zum Fenster war die Zelle 3 Meter lang und 1,5 Meter breit. Ich empfand diese Maße recht human, da man sich strecken und bewegen konnte. Auch das Fenster war groß. Später erfuhren wir, dass dieses

Gefängnis zur Zeit des Batista-Regimes gebaut wurde, lange vor der Revolution.

Wir hatten keinen Fernseher, der Fernseher wurde beim Abtransport der anderen Häftlinge mitgenommen. Wir erhielten fast täglich die Regierungszeitung Granma, das offizielle Organ der Kommunistischen Partei. Wir waren immer sehr darauf gespannt, was es zu lesen gab, denn dies war unsere einzige Nachrichtenquelle. Wir wechselten uns beim Lesen ab. Wir haben immer laut geredet oder gerufen, von einer Zelle zur anderen, immer mit einer guten Portion Humor. Unsere Beziehung zueinander war sehr gut, obwohl wir verschiedenen politischen Organisationen angehörten und zum Teil völlig verschiedene Ansichten vertraten. Aber das tat in unserer Situation nichts zur Sache. Wichtig war für uns, dass wir alle vom Regime aus demselben Grund ins Gefängnis kamen. Das hat uns viel mehr Gemeinsamkeit gegeben, als dass politische Meinungen uns trennen könnten.

Ich erinnere mich an alle meine Brüder in Gefangenschaft mit großer Zuneigung. Diese sechs Monate in Einzelhaft waren für uns alle eine Stärkung unserer Beziehung. Sie festigten unsere Beziehung, die dann nie mehr brach. Auch unsere Familien freundeten sich an. Sie waren sehr mutig und tapfer und sind sehr gute Freunde geworden.

Hygienische Bedingungen

Da wir nur sieben Personen in Einzelhaft waren, in unserer Abteilung Nr. 1, hatten wir nur einen gewöhnlichen Häftling zu „unseren Diensten“. Er kam morgens und blieb dann den Rest des Tages. Er war verantwortlich, den Flur sauber zu halten, brachte uns drei Mahlzeiten und sorgte dafür, dass unser Essgeschirr einigermaßen sauber war, man hatte dafür nur heißes Wasser.

Unser größtes Problem waren die Ratten. Als es noch neunzig Personen in unserer Abteilung gab, haben die Geräusche die Ratten sicherlich verscheucht, aber in der Stille unseres fast leeren Trakts wagten sie sich in die leeren Zellen. Man sah ihren Kot überall. Sie krochen durch die Toilettenrohre. Die Ratten hatten einen höheren Status als wir selbst, denn sie konnten

jederzeit die Zelle verlassen. Es gab auch viele Kakerlaken und Fliegen. Das Trinkwasser war sehr verschmutzt. Wenn man ein Glas Wasser gegen die Sonne hielt, konnte man Partikel darin herumschwimmen sehen. Wir baten unsere Familien, uns Pillen oder Tropfen zur Klärung des Trinkwassers zu bringen. Unsere Toiletten rochen übel, denn sie waren ja nur ein einfaches offenes Loch.

In dem Gehege bzw. der Frischluftzelle im Gefängnishof stank es nach Urin. Und da niemand da war, außer uns und den Wachen, waren wir sicher, dass die Wachen hier urinierten. Sie waren einfach zu faul, die Toilette aufzusuchen. Wir baten sie, nicht am Ort, wo wir frische Luft atmen können, zu urinieren, aber sie antworteten, dass das wahrscheinlich Katzen waren. Wir entgegneten: In der Tat, Katzen in olivgrünen Uniformen. Und sie haben nie wieder dort uriniert.

Wir haben bald bemerkt, dass die Wachen ein wenig Angst vor uns hatten. Sie mussten alle vorschriftsmäßig mit uns umgehen und sie waren wahrscheinlich auch die besten Wachen im gesamten Gefängnis, die intelligentesten und fähigsten. Gesetzt den Fall, wir hatten gegen etwas protestiert und ihr Vorgesetzter die Proteste angemessen befunden, dann konnten sie versetzt werden, was für sie einer Degradierung oder einer Verletzung der Disziplin gleichgekommen wäre. Außerdem hatten sie es sehr leicht mit uns, denn wir waren nur sieben Häftlinge und vernünftige Leute. Für sie waren wir berüchtigte Intellektuelle, die sich aber besser benahmen als die gewöhnlichen Häftlinge. Und so konnten sie den ganzen Tag lang herumsitzen. Ich bin sicher, dass die den Befehl hatten, keine Gewalt gegen uns anzuwenden. Sie waren alle berüchtigt, sehr brutal mit den Häftlingen umgehen zu können, aber bei uns vermieden sie es, mit uns zu reden und wenn wir mal protestierten, dann haben sie nur still unseren Groll zur Kenntnis genommen und wurden in der Sache nur vermittelnd tätig.

Ich erinnere mich, als einmal ein Wachmann, der uns einzeln zum „Baden“ führte, mit seinem Kunststoff- und Metallstab

so stark gegen meine Tür schlug, dass es einen fürchterlichen Lärm gab. Er tat es aus Vergnügen. Ich bin sicher, er wollte damit nur seine Wut und Emotionen herauslassen. Ich habe mich sofort beschwert und sagte ihm, dass er kein Recht habe, unprovokiert mit so viel Brutalität und Gewalt auf meine Tür zu schlagen. Er hat mir nichts darauf geantwortet, sondern nur seinen Kopf gesenkt und ist einfach still gegangen.

Es war unser Vorteil, dass unsere Situation weltbekannt war. Deshalb ging die Regierung sehr vorsichtig mit uns um. Das verschaffte uns einen gewissen Spielraum. Ich entschloss mich, respektvoll mit den Wachleuten umzugehen, damit sie in meiner Gegenwart keinen Stress verspürten. Wenn sie mir aber respektlos begegneten, habe ich hörbar protestiert. Diese Strategie hat sie auf Distanz gehalten.

Manchmal haben wir sehr laut protestiert. Ich erinnere mich an einen Nachmittag, als uns ungenießbares Essen gebracht wurde. Es war ein Fischgericht, aus lauter Gräten bestehend. Das Essen war zwar immer schlecht, aber dieses Mal war es einfach zu viel. Die Essentablets flogen aus dem Fenster. Es hatte keine Folgen. Wenn dies aber gewöhnliche Häftlinge getan hätten, hätten sie sicherlich dafür büßen müssen, man hätte sie verprügelt und ihnen Vergünstigungen gestrichen.

In einem anderen Fall sah Ivan, wie der für uns zuständige Staatssicherheitsbeamte eintraf. Er sah ihn durchs Fenster ankommen und begann zu rufen „Nieder mit Fidel“ und wir haben ihn im Chor unterstützt. Das Ergebnis: Der Mann hat sich bei uns nicht blicken lassen. Eigentlich hatte er uns in Holguin nie aufgesucht. Eindeutig war, dass man von uns diese Art von Protest duldete. Ich beschloss, diese Toleranz nicht in Anspruch zu nehmen.

Die Lautsprecher-Episode

Einmal brachte eine Wache nachmittags einen Lautsprecher und richtete ihn in voller Lautstärke auf uns. Es war eigentlich ein Fernsehprogramm, das sie uns zwingen zu hören. Es hieß Mesa Redonda

(„Runder Tisch“). Wir protestierten vehement gegen diese Art von Lärmfolter, aber es scheint, sie hatten die Anweisung, dass wir dieses Programm hören mussten. Wir waren eigentlich an jeder Informationsquelle interessiert und ich habe schon erwähnt, mit welcher Begierde wir die Zeitung Granma gelesen haben, aber das war doch etwas anderes. Wir saßen hinter Gittern und konnten den Lautsprecher nicht ausschalten. Wenn wir in der Lage wären, abzuschalten, wenn wir die Wahl gehabt hätten, zuzuhören oder nicht, hätten wir es uns vielleicht sogar angehört. Allein um zu erfahren, ob es sich lohnte, aber die Beschallung war nicht zu tolerieren. So ging es Tage lang.

Eines Tages, frühmorgens, wurde das Trinkwasser gebracht und man holte mich aus der Zelle, um die Flaschen für uns alle zu füllen. Ich tat das wie gewöhnlich, aber dann sah ich den Lautsprecher. Zuvor hatte ich schon in der Zelle mit dem Gedanken gespielt, die Wasserflasche auf den Lautsprecher zu werfen und somit eventuell einen Kurzschluss zu erzeugen, aber ich konnte diesen Plan nie in die Tat umsetzen. Jetzt aber war ich im Flur und der Lautsprecher direkt vor mir. Da schoss mir eine Idee durch den Kopf, ohne über die Konsequenzen nachzudenken. Ich nahm Anlauf so schnell ich konnte,

sprang hoch und schlug wie ein Basketballspieler mit voller Kraft gegen den Lautsprecher. Das Gerät fiel krachend auf den Boden und ich hatte sogar noch Zeit, es zu greifen und zu zertrümmern. Eine Wache rannte mir entgegen und schrie: Warum hast du das getan? Ich sagte: Folterinstrumente muss man zerstören. Der Lärm hatte auch alle meine Kameraden aufgeweckt, die nun alle riefen: „Nieder mit Fidel“. Ich bat sie aufzuhören. Mein Herz raste, aber innerlich war ich stolz auf mich, weil ich das Richtige getan hatte.

Später kam ein anderer Wachmann in meine Zelle, der uns freundlicher gesinnt war, als die Anderen. Sehr ernst sagte er mir, dass dies vor Gericht wegen „Zerstörung von Staatseigentum“ weitere zehn Jahre Haft einbringen könnte. Ich antwortete ihm, dass ich nichts abstreiten werde, sondern sagen, dass dieser Lautsprecher ein Folterinstrument war, wir wiederholt dagegen protestiert hatten, aber die Wachen uns einfach ignorierten. Deshalb hatte ich jedes Recht, dieses Instrument zu zerstören. Er ging und die Angelegenheit wurde nie wieder erwähnt.

Eine weiteres ernstes Problem waren die Matratzen bzw. das, was man so nennt. Unser Bett war früher ein dreistöckiges Etagenbett. Da die beiden oberen Etagen



Miami, Dezember 2010: (v.l.) Juan Adolfo Fernandez Sainz mit Ehefrau Julia E. Nuñez Pacheco, Aktive der „Damen in Weiß“, und Ehepaar Ulrike und Martin Lessenthin/IGFM-Vorstandssprecher.



**In Kuba sitzen über
300 unschuldige Menschen
in Gefangenschaft.**

Unterstützen Sie ICFM im Kampf
um Freilassung mit Ihrer Spende.
Informationen unter www.icfm.de



abmontiert wurden, benutzte ich das Eisengestell als Übungsgerät. Auf der untersten Pritsche, die zurückblieb, lag eine Matratze. Es war ein Plastiksack für Reis oder Weizenmehl, gefüllt mit allerlei Dingen. Bei unserer Ankunft in Holguin erzählten uns die Insassen, dass diese Säcke mit Müll gefüllt und danach versiegelt wurden. Man konnte darin Lumpen, Papier und wirklichen Müll, Dreck usw. finden. Bei der Temperatur und der Feuchtigkeit des tropischen Sommers war man auf diesen Säcken am nächsten Morgen in Schweiß gebadet. Es wäre sicherlich viel einfacher gewesen, diese Säcke zumindest mit sauberen Lappen von irgendeiner Textilfabrik oder mit Sägespänen zu füllen. Aber selbst solche Abfallmaterialien sind rar in Kuba und es ist kein Benzin für einen LKW vorhanden, um das abzuholen.

Eines Morgens warfen wir alle sieben zur gleichen Zeit unsere Müllsäcke aus unseren Zellen hinaus in den Korridor. Die Wachen kamen und sagten etwas, aber wir ignorierten es. Wir baten um Schaumstoffmatratzen, was sie ignorierten. So schliefen wir nun auf dem nackten Brett für den gesamten Rest unserer Einzelhaft.

Mit Beginn unserer Einzelhaft wurden wir von der Gefängnisleitung aufgefordert uns zur Zählung vor unserem Bett aufzustellen. Wir empfanden es als lächerlich, aufzustehen, wenn man alleine in der Zelle war. Deshalb entschieden wir uns, zur Zählung nicht aufzustehen, sondern taten weiter das, was wir gerade taten. Sie sagten, dass sei ein Akt von Disziplinlosigkeit, doch wir antworteten, dass wir keine Kadetten einer Militärakademie seien sondern politische Gefangene und es doch leicht sei, uns zu zählen, da wir ja doch alle einzeln in unserer Zelle waren. Schließlich mussten sie sich damit abfinden uns so zu zählen, wie wir es wollten.

Die Wachen haben stets vermieden, uns als „politische Gefangene“ zu bezeichnen, aber da all die anderen Häftlinge uns „POLITICO“ nannten, wurde das so üblich. Wenn die Wachen uns meinten, benutzten sie die Abkürzung CR („Konter-Revolutionäre“). Wenn sie uns angesprochen haben, zogen sie es vor, unseren



Das Gefängnis Canaleta von Ciego de Avila.

Namen zu nennen. Alle Wachen im Gefängnis besaßen ein niedriges intellektuelles Niveau. Unglaublich, dass man nicht genug Gefängniswärter finden kann, obwohl diese doch – nach kubanischem Standard – hervorragende Gehälter bekommen. Manchmal möchte ein Wachmann seine Stelle verlassen, aber er bekommt keine Erlaubnis und muss gegen seinen Willen im Dienst bleiben. Jene, die uns zugewiesen waren, waren die besten Wachleute im Gefängnis, und doch waren sie sehr unwissend. Sie waren auch sehr gewalttätig, aber nicht uns gegenüber. Wir kannten gewalttätige Gefängniswärter, die sehr brutal mit politischen Gefangenen umgegangen sind, in den ersten Jahren der Revolution. Aber unser Fall stand zu sehr in der Öffentlichkeit, deshalb hatten sie eine Art Respekt vor uns.

Die Besuchserlaubnis

Die Besuchserlaubnis betrug nach Haftantritt jeden dritten Monat zwei Stunden für die Familie und alle fünf Monate drei Stunden für die Ehefrau. Nach Ablauf von 1,5 oder 2 Jahren Haft durfte man die Familie jeden zweiten Monat und die Ehefrau jeden dritten Monat sehen. Jedes Mal werden der Gefangene und seine Familienmitglieder durchsucht.

So durchsuchten die Wachen meine Sachen und tasteten meinen Körper ab, aber ich musste mich nicht nackt ausziehen. Bei meiner Familie haben sie deren Habseligkeiten sehr genau geprüft und einige Male versucht, meine Frau und

meine Tochter zu entkleiden, aber beide haben sich dagegen gewehrt und es nicht zugelassen. Ich hatte ihnen im Voraus ausgerichtet, dass sie eine entwürdigende Behandlung keinesfalls zulassen sollen.

Wenn die Gefängnisleitung von ihren Informanten eine Warnung erhielt, durchsuchten sie meine Familienangehörigen auch dann, wenn sie das Gefängnis verließen. Man suchte nach Nachrichten, die ich ihnen eventuell hätte mitgeben können um sie an die Öffentlichkeit zu leiten, aber sie weigerten sich stets herabwürdigende Behandlung zuzulassen.

Wir wurden darüber informiert, dass jede Familie maximal 30 Pfund Essen mitbringen darf. Ich erinnere mich, dass man einmal eine Waage heranschleppte und begann unser Essen abzuwiegen. Der diensthabende Offizier war auch der Erziehungsbeamte und hegte Groll uns gegenüber. Meine Familie hatte mir - wie vorgeschrieben - dreißig Pfund Nahrungsmittel gebracht und viele Bücher, da ich ein begeisterter Leser bin. Der Offizier bestand darauf, dass die Bücher in diese dreißig Pfund einberechnet werden! Ich meinerseits wollte ihm nicht das Vergnügen bereiten, nach meinem eigenen Essen zu betteln. Meine Tochter nahm die Bücher und wollte sie hinausbringen, aber ich bat sie die Bücher da zu lassen. So sehr ich das Essen auch benötigte, mein Geist war auch hungrig nach Gedanken und ich empfand es in Gegenwart dieses Inquisitors für würdiger die Bücher den Nahrungsmitteln vorzuziehen.

Als ich in meine Zelle zurückkehrte, erzählte ich meinen Mitgefangenen wie dieser Beamte sich verhalten hatte damit sie vor solcher Überraschung verschont blieben. Als Antonio Diaz etwa eine Woche später ebenfalls Besuch bekam, versuchte der Beamte – ich weiß nicht, ob es der gleiche war wie bei mir – den gleichen Trick. Antonio reagierte darauf, indem er sich weigerte Nahrungsmittel überhaupt in Empfang zu nehmen. Die Gefängnisleitung wollte ihn zwingen die Nahrungsmittel anzunehmen, aber er blieb standhaft. Dann forderte man die Familienmitglieder auf die Nahrungsmittel wieder an sich zu nehmen, aber auch sie lehnten es ab.

Man drohte ihnen, dass dies ein ernster Verstoß und ein Akt von Disziplinlosigkeit wäre, aber sie antworteten darauf, wenn der Gefangene, also derjenige, der diese Nahrungsmittel wirklich benötigt, sie nicht annimmt, dann könnten sie die Nahrungsmittel ebenfalls nicht annehmen. Schließlich wurden die Nahrungsmittel vom Boden aufgehoben und (angeblich) zu einer Mülltonne gebracht. Danach hatten wir nie mehr Probleme dieser Art. Antonio hatte ihnen eine gute Lektion erteilt.

Sie mussten wahrscheinlich ihren Vorgesetzten darüber berichten, denn eine solche Angelegenheit – ein Eimer verlockender Lebensmittel – war sehr schwer zu verbergen, was kein gutes Licht auf sie warf. Viele Häftlinge haben es gesehen und daraus gelernt, auch diejenigen, die diese Nahrungsmittel (angeblich) zur Mülltonne brachten.

Bei jedem Ereignis, bei dem es uns gelang aus einer Konfrontation mit den Behörden würdevoll herauszukommen, egal um welchen Preis, zogen sie sich zurück und räumten aus dem Weg, was zum Zusammenstoß geführt hatte. Wir waren überzeugt, dass es die ganze Zeit ein ideologischer Kampf war – sie hatten die Macht, wir aber blieben unbeugsam. Dieser Tatsache maßen sie große Bedeutung zu. Wenn unsere Peiniger den Sieg empfunden hätten, wäre das für uns schrecklich gewesen.

Die Gefängnismahlzeiten

Das Essen in kubanischen Gefängnissen ist extrem schlecht, es gibt nur minimale Unterschiede von Gefängnis zu Gefängnis. Das schlimmste ist das Provinzgefängnis von Holguin. Wir sahen fast nie Gemüse oder Obst, Eier, Fleisch oder Milch.

Wir bekamen zweimal im Monat Huhn als „besonderes Abendessen“. Manchmal wurde auch Fisch serviert, aber es war immer sehr schlechter Fisch aus dem Fluss und nie aus dem Meer.

Die Esstabletts sind meistens fettig, da es kein Spülmittel gibt. Sie werden nur mit heißem Wasser gereinigt, wenn man sie nicht pfleglich behandelt, bekommen sie schwarze Flecken. Es gibt kaum Gewürze, in der Regel nur Salz, deshalb hat das Essen selten einen Geschmack.

Die Mahlzeiten bestehen zumeist aus einer kleinen Menge Reis, Suppe, dem Hauptgericht und Dessert. Der Reis kann auch durch Maismehl oder Nudeln ersetzt werden. Die Suppe ist eine geschmacklose Brühe ohne Substanz mit ein paar Nudeln. Das Hauptgericht kann ein gekochtes Ei sein (was sehr selten vorkam), aber meistens sind es Nudeln mit etwas Soja oder ein Eintopf mit nicht erkennbaren Kuh- oder Schweineteilen – es könnten Magen, Nieren oder Füße sein. Der beste Teil ist gewöhnlich das Dessert, weil es zumindest Zucker enthält.

Im Canaleta-Gefängnis von Ciego de Avila ist die Situation ähnlich, doch weniger schlecht. Ciego de Avila ist eine viel reichere Provinz mit mehr Landwirtschaft. Es gibt dort mehr Gemüse, Eier, Brot. Ein weiteres Problem sind die vielen Fliegen, die deine Mahlzeiten umkreisen. Im Gefängnis Nr. 1580, in dem ich zuletzt zwei Monate lang einsaß, waren die Mahlzeiten immer gleich: Reis, Erbsen, Hauptgericht, Dessert. Das Hauptgericht kann sein: Abfall, Soja, Nudeln.

Korruption

In allen drei Gefängnissen, in denen ich war, gab es Korruption. Das Gefängnis

bekommt Materialien und Nahrungsmittel für einen Monat oder eine Woche, ich weiß es nicht. Davon nehmen die Wachen den größten Teil an sich. Speiseöl ist besonders begehrt. Die Gefängnismahlzeiten enthalten kaum Öl, weil es ein knappes Gut ist und die Wachen den größten Teil sich sichern. Sie entwenden auch Reis, Nudeln, Soja ? alles, was sie für ihre Familien oder zum Füttern ihrer Schweine brauchen. Schweine sind ein wichtiges Kapitel bei der Gefängniskorruption.

Des Weiteren entwenden Gefängnisinsassen, die in der Küche arbeiten, ihren Teil für sich und ihre Freunde. Oft ist das Missverhältnis bei der Verteilung der Mahlzeiten skandalös. Die Gefängnisleitung stört sich nicht daran, denn das ist ein Problem der Häftlinge.

Somit sind die Mahlzeiten in kubanischen Gefängnissen normalerweise fade, enthalten wenig Öl und sind in besonderem Maße von Bestechung und Korruption betroffen. Die Behörden wissen das sehr wohl, aber sie kümmern sich wenig darum um die Korruption zu stoppen. Manchmal ziehen es Häftlinge, die in der Gefängnisküche arbeiten, vor ihr Essen mit in die Zelle zu nehmen, in ihren eigenen Töpfen, die sie viel sorgfältiger spülen. Dort können sie Öl und Gewürze hinzufügen und ihre Mahlzeiten nach eigenem Ermessen verfeinern.

Aber in vielen Fällen, insbesondere im Gefängnis Nr. 1580, ist das nicht erlaubt. Dort bestehen die Wachen darauf, dass die Mahlzeiten im Speisesaal eingenommen werden, denn dort kommen die Speisereste in einen Tankbehälter, aus dem sie von Beamten mit Eimern nach Hause als Schweinefutter mitgenommen werden. Im Gefängnis Nr. 1580 ist diese Art von Korruption bereits institutionalisiert und wirkt sich direkt auf die Häftlinge aus, weil das Küchenpersonal die Anweisung hat die Portionen klein zu halten. Korruption herrscht in allen kubanischen Gefängnissen, weil die Gehälter nicht ausreichend sind. Am schlimmsten erlebte ich sie im Gefängnis 1580. Die Regierung kann wenig dagegen tun, weil es zuneh-

Fortsetzung auf Seite 32

Für einen demokratischen Wandel in Kuba

Experten der IGFM beim Kuba-Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko-Stadt

Wie könnte ein Kuba nach den Castro-Brüdern aussehen? Welche Szenarien für einen demokratischen Übergang gibt es? Wie kann auf der Insel ein System errichtet werden, das die grundlegenden Menschenrechte achtet?

Mit diesen und verwandten Fragen beschäftigte sich ein internationales Symposium unter dem Titel: „Kuba – ein Blick nach vorn: Herausforderungen und Möglichkeiten“. Dazu hatte das Auslandsbüro Mexiko der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) am 29. November internationale Experten nach Mexiko-Stadt eingeladen. Unter diesen befanden sich auch drei IGFM-Vertreter. Die kleine Delegation bestand aus dem brandenburgischen CDU-Generalsekretär Dieter Dombrowski, MdL, dem IGFM-Vorstandsmitglied Edgar Lamm sowie dem Politikwissenschaftler Sebastian Grundberger. Weitere hochrangige internationale Teilnehmer kamen aus Mexiko, Miami und Argentinien.

Eine Diktatur im Umbruch

Die Referenten waren sich einig darüber, dass sich Kuba derzeit im Umbruch befindet. Der mexikanische Senator und Präsident der christdemokratischen Organisation Amerikas (ODCA), Jorge Ocejo, machte den Hungerstreiktod des kubanischen Dissidenten Orlando Zapata Tamayo am 23. Februar 2010 als Startpunkt dieses Prozesses aus. Seitdem sei der internationale Druck auf das Regime in einem bisher ungekannten Maße gestiegen.

Für Dieter Dombrowski, der selbst in der ehemaligen DDR als politischer Häftling im Gefängnis saß und der eine politische Patenschaft für den ehemaligen politischen Gefangenen Normando Hernández González übernommen hat-



**Kuba-Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko-Stadt. Auf dem Podium von links: Dieter Dombrowski, MdL (IGFM, Potsdam), Rodrigo Ivan Cortés (PAN, Mexiko Stadt), Carlos Estefania (Cuba Nuestra, Stockholm), Marcelino Miyares (PDC, Miami).
Fotos: KAS Mexiko/Diegelmann**

te, sind die Reformen daher vor allem ein „Akt der Hilflosigkeit“ des Regimes. Dombrowski stellte klar, Deutschland und Europa müssten trotz der jüngsten Freilassungen von politischen Gefangenen gegenüber der Diktatur weiter Härte zeigen und vor allem auf dem „Gemeinsamen Standpunkt“ der EU gegenüber Kuba beharren, der jegliche politische Annäherung an den Inselstaat mit spürbaren Verbesserungen bei der Menschenrechtslage verknüpft.

Auch Rodrigo Iván Cortés, bei der mexikanischen Regierungspartei PAN für die internationalen Kontakte zuständig, nahm die internationale Gemeinschaft in die Pflicht. Er forderte sie auf, den kubanischen Demokraten effektiv bei der Organisation eines freier Kubas zu helfen. Zu diesem Zweck stellte er ein Patenprogramm vor, im Rahmen dessen Politiker seiner Partei politische Patenschaften für kubanische Gefangene übernehmen. Eine

beunruhigende Doppelmoral beim Umgang besonders lateinamerikanischer Staaten mit Kuba stellte Gabriel Salvia vom argentinischen Think Tank CADAL fest. So habe man beim letzten iberamerikanischen Gipfel in Mar del Plata/Argentinien Honduras aufgrund des zurückliegenden Militärputsches die Teilnahme versagt, die kubanische Diktatur jedoch sei bei dem Gipfel wie ein demokratischer Staat hofiert worden. Wenn es den lateinamerikanischen Staaten mit ihrer Forderung nach Demokratie für Kuba ernst sei, müssen die Demokraten auf der Insel ihre ersten Ansprechpartner sein, nicht das Regime.

Eine Kirche statt vieler Kapellen

Eine Sicht auf innerkubanische Entwicklungen bot Marcelo Miyares von der kubanischen Untergrundpartei PDC. Es gebe zahlreiche neue Akteure, die für einen Wandel auf der Insel eintreten. Besonders hervor strich der

Exilpolitiker dabei die Rolle der neuen Medien, die zu einem echten Motor des Wandels geworden seien. So gebe es mittlerweile 1.145 Blogs zu Kuba. Für einen Übergang zur Demokratie in Kuba sei es von enormer Wichtigkeit, dass sich die zerklüftete Oppositionslandschaft einig. Bisher hätten sich die Oppositionellen oft „jeder eine eigene Kapelle“ gebaut. Um ein demokratisches Kuba zu gestalten, müssten sie lernen, dass sie nur schlagkräftig sein können, wenn sie „gemeinsam eine Kirche“ erbauen. Chile, wo sich alle demokratischen Parteien 1989 gegen den Diktator Augusto Pinochet zusammengeschlossen hatten, könne hier beispielhaft sein.

IGFM-Vorstandsmitglied Edgar Lamm stellte drei klassische Arten dar, wie eine Diktatur zu Fall kommen könne. Als Ergebnis eines Krieges wie in Deutschland 1945 oder eine Volksrevolution wie in der ehemaligen DDR 1989 hält er für den kubanischen Fall eher für unwahrscheinlich. Die derzeitigen Umstände deuteten eher auf eine Veränderung aus den bestehenden Strukturen heraus, wie dies etwa im Falle der Sowjetunion passiert sei.

Wirtschaftsreformen von oben nach unten

Auch die wirtschaftliche Situation auf der Insel und die angekündigten Wirtschaftsreformen des Castro-Regimes waren ein Thema des Symposiums. Die Teilnehmer stimmten dabei darin überein, dass das Land während der letzten Jahrzehnte systematisch heruntergewirtschaftet worden sei.

Die Notwendigkeit, dass das fruchtbare Land 80 Prozent der Lebensmittel importieren muss, sprächen für sich. Der exilkubanische Wirtschaftswissenschaftler und Buchautor José Azel beklagte, die vom Regime angekündigten Wirtschaftsreformen würden dem Volk von oben nach unten aufgedrückt, statt auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren.



Über 70 internationale Experten nahmen an der Konferenz „Kuba – Ein Blick in die Zukunft“ teil.

Für die IGFM wies Sebastian Grundberger darauf hin, dass es ausgerechnet die kubanische Einheitsgewerkschaft CTC gewesen sei, die die Entlassung von bis zu einer Million Staatsbediensteten hätte bekannt geben müssen. Somit mache sich diese Gewerkschaft selbst zur Farce, indem sie nicht die Rechte der Arbeiter gegenüber dem Staat vertrete, sondern umgekehrt.

Wirtschaftlicher, politischer und moralischer Bankrott

Einig war man sich darüber, dass das kubanische Regime, das wirtschaftlich, politisch und moralisch bankrott sei, keine Legitimation besitze, diese Situation jetzt zu verändern. Dies müssten andere, demokratische Akteure übernehmen. Diese Botschaft kann auch auf der Insel selbst vernommen werden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko hat die Vorträge der Konferenz im Internet veröffentlicht. Unter <http://forocuba.blogspot.com/> können alle Vorträge in spanischer Sprache nachgehört werden.

Dialogprogramm in Mexiko

Im Anschluss an die Konferenz standen von der KAS organisierte Gespräche zur Menschenrechtssituation in Mexiko auf dem Programm.

Die besuchten Menschenrechtler neben der Hauptstadt Mexiko-Stadt auch den nördlichen Bundesstaat Chihuahua sowie den südlichen Bundesstaat Oaxaca. Dabei kam die IGFM-Delegation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, staatlichen Menschenrechtsbehörden, Journalisten sowie Vertretern des mexikanischen Büros des Hohen Beauftragten für Menschenrechte der Vereinten Nationen zusammen.

Organisierte Kriminalität

In Oaxaca empfing der dortige Erzbischof José Luis Chávez Botello die Delegation und berichtete über die Friedensbemühungen der Kirche in dem von organisierter Kriminalität und Kämpfen zwischen Ureinwohnern gezeichneten Bundesstaat.

Weitere Themen der Gespräche waren die Drogenkriminalität, die Frauenmorde an der nördlichen Landesgrenze sowie die schwierigen Arbeitsbedingungen für unabhängige Journalisten, die den Machenschaften von Drogenkartellen und korrupten Politikern nachspüren. Sollte die Gewalt nicht abebben, wird Mexiko die IGFM in Zukunft wohl intensiver beschäftigen.

Sebastian Grundberger

Eine kleine Prise Kapitalismus, bitte!?

Kuba kündigt immense Entlassungswelle an

Die Regierung Raúl Castros plant bis März 2011 eine halbe Million Staatsangestellte zu entlassen. Das gab am 13. September 2010 der staatlich organisierte und einzige kubanische Gewerkschaftsverband CTC (Central de Trabajadores de Cuba) bekannt. In naher Zukunft sollen insgesamt 1,2 Millionen Kubaner ihren bisher vom Staat gewährten Arbeitsplatz verlieren.

Künftig sollen die Entlassenen selbstständig wirtschaftlich aktiv werden. Zweck dieses Vorhabens ist der Ausbau des privatwirtschaftlichen Sektors, insbesondere in den Bereichen Agrarwirtschaft, Industrie und Baugewerbe.

Derzeit arbeiten 83 Prozent der erwerbstätigen Kubaner im staatlichen Sektor. Selbstständige (sog. „cuenta propistas“) gehören in dem planwirtschaftlich orientierten Staat eher zur Ausnahme. Gerade einmal 141.600 Kubaner sind als solche legal registriert, das sind weniger als 3 Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung.

Durch die geplanten Massenentlassungen soll sich das demnächst ändern. Insgesamt sollen 460.000 neue Lizenzen für 178 Berufe vergeben werden.

Castro: „Kuba wird in den Abgrund stürzen.“

Hintergrund der Reform ist die katastrophale wirtschaftliche Lage Kubas. Über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche liegt brach, die Infrastruktur ist marode und die Produktivität des hoch verschuldeten Landes ist so gering, dass die schwere und teure Abhängigkeit vom Lebensmittelimport ständig zu Versorgungsengpässen führt. Immer schwieriger wird es für die Regierung das umfangreiche Sozialsystem zu finanzieren. Das Millionenheer der „überflüssigen“ staatlichen Angestellten entwickelt sich zur Belastung, da die Aufwen-



Der Wirtschaftsexperte Oscar Espinosa Chepe: „Die Tür hat sich nur einen Spaltbreit geöffnet, mehr nicht!“

dungen für großzügige soziale Leistungen für diese nicht mehr zu tragen sind. Eine Änderung in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik erscheint zwingend notwendig. Kuba werde „in den Abgrund stürzen“, würden die geplante Ausweitung der Privatwirtschaft und die Massenentlassungen nicht verwirklicht, erklärte Regierungschef Raúl Castro.

Es sind nicht nur drei Hurrikane in jüngster Vergangenheit, der Preisverfall für Nickel – eines der wichtigsten Exportgüter Kubas – und die Weltwirtschaftskrise, die Kuba in finanzielle Bedrängnis brachten. Es ist insbesondere die seit fünf Jahrzehnten andauernde Planwirtschaft, die das Land systematisch in den Ruin treibt. Was in den 60ern mit massenhaften Enteignungen und Verstaatlichungen von privaten Betrieben begann, und durch Planung von Produktion und Festlegung von Preisen eine gerechte Verteilung von Gütern zum Ziel hatte, artete nicht nur im US-Handelsembargo aus, das bis heute andauert und Kuba die Integration in den Welthandel erschwert, sondern auch in Volksträgheit und Einschränkung des Individuums.

Fatales Zwei-Währungssystem spaltet die Gesellschaft

Denn Grund für die geringe Arbeitsproduktivität der arbeitenden Bevölkerung sind durch die Planwirtschaft verursachte fehlende Leistungsanreize, die sich für die kubanische Volkswirtschaft zum Dilemma entwickelt haben. Das monatliche Durchschnittseinkommen eines staatlichen Angestellten beträgt 429 kubanische Pesos (CUP), das sind umgerechnet \$ 18,35. Ohne Nebeneinkommen reicht das den wenigsten Familien zum Überleben.

Denn diese Währung wird – außer in den dürftig ausgestatteten staatlichen Lebensmittelgeschäften – praktisch nirgendwo angenommen. „Luxusgüter“, die in der westlichen Gesellschaft selbstverständlich sind, erhält man in Kuba nur in der zweiten Währung, dem „peso convertible“ (CUC), der an den US-Dollar gekoppelt ist (nahezu 1:1) und Ausländern bzw. Touristen vorbehalten ist. Ein durchschnittlicher Kubaner kommt lediglich durch Geldüberweisungen seiner im Ausland lebenden Ver-

wandten an den CUC, es sei denn, er arbeitet in der begehrten Tourismus-Branche. So kommt es nicht selten vor, dass das tägliche Trinkgeld eines Kellners das durchschnittliche Einkommen eines Arztes bei Weitem übersteigt.

Auch das Bezugsheft „liberta“, in dem peinlich genau die Mengen notwendiger Lebensmittel aufgelistet sind, die ein Bürger monatlich zugeteilt erhält, vermag es nicht, einen zufriedenstellenden Lebensstandard zu ermöglichen. Die dort beinhalteten hochsubventionierten Produkte, die unabhängig vom Einkommen, aber auch unabhängig von einer tatsächlichen Bedürftigkeit jedem Kubaner zustehen, sind meist nur Reis, Bohnen oder Zucker. Obst und Gemüse kommen saisonabhängig nur selten hinzu.

Angesichts der ökonomischen Apartheid durch zwei Währungen und ihren Folgen ist der Frust der Bevölkerung nicht verwunderlich. Aus Überdruß wandern heute schon viele gut ausgebildete junge Kubaner in der Hoffnung auf bessere Perspektiven aus (sog. „Brain-drain“). Andere hingegen werden am Schwarzmarkt aktiv, der für manche überlebenswichtig geworden ist, prostituieren sich oder wählen den kriminellen Weg und berauben Touristen. Die Kriminalitätsrate steigt in Kuba stetig an.

Es scheint, als würden auch die ruinenartigen, verwahrlosten Häuser in ganz Havanna die Lethargie und Hoffnungslosigkeit der Menschen widerspiegeln. Denn Aussicht auf Veränderungen gibt es für die meisten nicht. Wer sich in Kuba zu den sozialen Missständen äußert, greift damit offiziell das Regime an. Politisch Andersdenkende und Menschenrechtsverteidiger sehen sich ständig Repressionen ausgesetzt und laufen Gefahr, verhaftet, eingesperrt und schikaniert zu werden. „Konterrevolutionäre“ Laute ersticken kurzerhand.

Bis zu 50 Prozent Steuern von künftigen Unternehmern?

Der geplante wirtschaftliche Umbau verspricht – zumindest augenscheinlich



Raúl Castro muss in seinem 79. Lebensjahr mit den wirtschaftlichen Folgen von 50 Jahren Planwirtschaft fertig werden und will jetzt „aktualisieren“.

aus der Perspektive der Castro-Regierung – den einzigen Ausweg. Denn die künftigen Privatunternehmer müssen voraussichtlich bis zu 50 Prozent ihres Einkommens versteuern. Wie sich am Beispiel von China zeigen lässt, kann der Ausbau des privatwirtschaftlichen Sektors zu höherem Haushaltseinkommen führen und für Wirtschaftswachstum sorgen. Der Anteil der chinesischen Steuereinnahmen aus der Privatwirtschaft wächst jährlich kontinuierlich an.

Doch dass man die Zukunft nicht planen kann, hat die kubanische Regierung spätestens mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 90er-Jahre zu spüren bekommen. Mit der Auflösung der UdSSR fielen seinerzeit sowohl immense Transferleistungen weg, als auch der wichtigste Handelspartner, von dem Kuba sich abhängig gemacht hat. Um den fatalen Konsequenzen entgegenzuwirken, hat die Regierung schon damals im Rahmen dringlicher Reformen privatwirtschaftliche Tätigkeit gefördert.

Doch zu hohe Einkommensteuern und enorme Einschränkungen und Kontrollen der privatwirtschaftlichen Autonomie ließen die damals zunächst steigende Anzahl von Selbstständigen abrupt wieder absinken. „In Kuba herrscht ein

Kontrollwahn.“, äußert der Ökonom und ehemalige politische Gefangene Oscar Espinosa Chepe.

„Aktualisierung des Wirtschaftsmodells“

Es ist nicht nur der Rückblick in die Vergangenheit, der am Erfolg des jüngsten Vorhabens der Regierung zweifeln lässt, sondern insbesondere Existenzängste, die die Menschen in Anbetracht dieser Novität überfallen. Gerade älteren Menschen fehlt sowohl das nötige Know-how, als auch das nötige Startkapital, um sich selbstständig zu machen. Obwohl die Regierung Neuschulungen verspricht und über die Vergabe von Kleinkrediten spricht, wird mit der Erhöhung der Leistungsanreize gewiss auch die bisher so geringe Arbeitslosigkeit steigen. Man kann nur hoffen, dass die kleine Portion Kapitalismus den meisten Kubanern bekommen wird.

Bekannt sich die weitgehend menschenrechtsverachtende kubanische Regierung mit dem Vorhaben zum Menschenrecht auf Eigentum oder gar zur Marktwirtschaft? Diesen Eindruck könnte man tatsächlich gewinnen, besonders nach einem kürzlichen Interview zwischen dem amerikanischen Journalisten Jeffrey Goldberg und Fidel Castro. Auf

die Frage, ob das kubanische Modell exportwürdig sei, gestand der „Máximo Líder“: „Das kubanische Modell funktioniert nicht einmal mehr für uns.“ Doch wie hartnäckig das kubanische Regime an seiner Ideologie festhält, zeigte sich wenige Tage nach der Veröffentlichung des Interviews, als Castro seine Aussage als Missverständnis herunterspielte.

Ebenso nach Aussagen des Wirtschaftsministers Marino Murillo darf man in Frage stellen, dass Kuba überraschenderweise die Marktwirtschaft befürwortet. Die geplante Maßnahme möchte er nicht als Reform bezeichnen. Es handle sich dabei lediglich um eine „Aktualisierung des Wirtschaftsmodells“.

Weiterhin sollen die Gesetze der sozialistischen Ideologie herrschen, nicht die des Marktes. Auch Oscar Espinosa Chepe bleibt skeptisch: Für das Gelingen der Absichten habe Kubas Regierung eine vollständige Veränderung ihrer Ideologie nötig. „Die Tür hat sich mit der Reform nur einen Spaltbreit geöffnet, mehr nicht.“



Artikel 28, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: Jeder Mensch hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Poster von Friedhelm Plaßmeier.

Kommentar:

Kuba - die schlimmsten Bestandteile zweier Systeme vereint

Zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer steht das kubanische Volk vor einem Übergang in eine Staatsform, die lediglich aus den negativsten Teilen, nicht aber vorteilhaften Seiten zweier Systeme besteht, die während des Kalten Krieges um die Vorherrschaft wetteiferten – des Kommunismus und des Kapitalismus.

Um mehr Effizienz durch Rationalisierung zu erreichen, entlässt die kubanische Regierung bis April 2011 eine halbe Million Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, und bis zu 1,3 Mio – das ist ein Viertel der Arbeitskräfte des Landes – innerhalb der nächsten drei Jahre. Und das entweder völlig ohne Entschädigung oder mit einer äußerst minimalen: Mitarbeiter, die bis zu 10 Jahren im öffentlichen Dienst tätig waren, erhalten als Abfindung ein Monatsgehalt, wer bis zu 20 Jahren im Staatsdienst war – zwei Monatsgehälter. Und das war's.

Gleichzeitig werden per Gesetz den Arbeitslosen neue Möglichkeiten für selbstständige Arbeit eröffnet, um arbeitslosen Kubanern zu ermöglichen, auf eigene Faust eine Arbeit zu finden, weswegen auch brachliegende Staatsflächen zur Bewirtschaftung bereitgestellt werden sollen.

Etikettenschwindel

Aber dieses Land wird niemals wirkliches Eigentum sein. Und wohlgemerkt: Es wird sich auch nicht um eine freie Marktwirtschaft mit unabhängigen Gewerkschaften und freiem Unternehmertum (d.h. mit einer Regelung, die Privateigentümer schützen würde) handeln. Der ganze Prozess wird unter strenger Kontrolle der Kommunisti-

schen Partei stehen und in der Praxis den Willen der alten Regenten oder – wenn Sie so wollen – der ‚historischen Führer der Revolution‘ repräsentieren, die stets jegliche Reformierung des Systems ablehnten, das sie vor einem halben Jahrhundert auf Kuba etabliert hatten. Sie weigern sich sogar, diesen Prozess als „Übergang“ oder als „Reform“ zu bezeichnen, und nennen ihn offiziell „Aktualisierung des kubanischen sozialistischen Modells“.

Damit private Handelsshops und Farmer wirtschaftlich werden können, benötigen sie zuallererst Investitionen (die meisten werden aus dem Ausland kommen), doch der größte Teil der Wirtschaft bleibt in den Händen der Regierung – dort, wo keine private Beteiligung erwünscht ist.

Privatwirtschaft ist nicht nur Kleingewerbe

Der private Sektor wird mit immensen Steuern belegt, der bis zu 40 Prozent seines Gewinnanteils an den Staat abführen müssen, weswegen Kleinunternehmen kaum wachsen werden können. Die Rede ist nicht von Fabriken, Bergwerken, Hotels und Kaufhäusern. Nein, Kubas privater Sektor wird aus kleinen Restaurants bestehen (in denen laut Gesetz nicht mehr als vier Tische erlaubt sind), aus Familien, die in ihrem Eigenheim ein Zimmer vermieten, unbedeutenden Reparaturwerkstätten und dergleichen. Private Investitionen in große Unternehmen werden weiterhin aus dem Ausland kommen, wie es derzeit auch ist, und sind nicht für die Einheimischen gedacht.

Eine grassierende Korruption ist nicht von der Hand zu weisen, vor allem in

einem Land, in dem die Bürger der Polizei und den Inspektoren schutzlos ausgeliefert sind.

Die Kubaner werden die meisten Vorteile des alten Systems (so kärglich sie auch waren) verlieren. Das Rationierungssystem, das fünfzig Jahre lang herrschte, wird verschwinden. Es stimmt schon, dass dieses System stets lästig war und von den Menschen gehasst wurde, weil es einem nicht erlaubte, mehr als eine streng begrenzte Menge von Waren zu kaufen.

Es stimmt aber auch, dass die Preise in diesem System subventioniert wurden, was vor allem dem benachteiligten Teil der Bevölkerung half. In einem Land, in dem das durchschnittliche Monatsgehalt etwa 20 US-Dollar beträgt und die Altersrente noch viel weniger ist, jede Subvention natürlich willkommen ist. Wenn aber die „Rationskarten“ verschwinden, wird das für die ärmsten Familien und für die Alten zu einem echten Problem.

Die Qualität der Dienstleistungen in öffentlichen Bereichen wie Gesundheit und Bildung geht seit vielen Jahren stetig zurück.

Wirtschaftsfreiheit ohne Meinungsfreiheit ?

Politisch werden diese Neuerungen alle Unterdrückungsmechanismen des orthodoxen kommunistischen Systems beibehalten, mit allen Massenmedien in Händen der Kommunistischen Partei (bzw. Organisationen, die sie geschaffen hat), Menschenrechtsaktivisten und unabhängige Journalisten werden weiter ins Gefängnis gehen und jeder Versuch, die Regierung zu kritisieren oder anders zu denken, als Bedrohung für den Staat und Gefahr für die Revolution gedeutet.

Der „Kampf gegen den Imperialismus“ wird unvermindert weitergehen, der „innere Feind“ in dieser besonders gefährlichen Zeit stets im Auge behalten. Der Zugang zum Internet wird auch weiterhin extrem eingeschränkt

bleiben. Es sind in der Tat sehr eingeschränkte und seichte Reformen, weit zurückhaltender als die chinesische Öffnung oder die vietnamesische Doi Moi. Obwohl keiner von ihnen ein leuchtendes Beispiel für den Übergang zu demokratischen Regeln war, waren beide wenigstens wirtschaftlich erfolgreich. Beide waren gute Modelle, denen Kuba hätte folgen können, doch die Entscheidungsträger beharrten auf einer zentralisierten Wirtschaft. Warum haben sie nicht schon vor zwanzig Jahren mit diesen Neuerungen begonnen, als der Westen – und vor allem Spanien – Berater, hohe Investitionen und materielle Unterstützung angeboten hatte?

In einem seiner letzten öffentlichen Auftritte sagte der kubanische Führer Fidel Castro zu Uni-Studenten in Havanna, dass der einzige große Fehler, den alle gemacht hatten, war glauben zu wissen, wie Sozialismus aufgebaut wird. Das in einem Land, in dem über vier Jahrzehnte lang die meistbenutzte Parole skandiert und auf Plakaten steht „Die Zukunft gehört nur dem Sozialismus“. Castros Bemerkung war keineswegs eine Entschuldigung: Schauen Sie, wir haben einen schrecklichen Fehler gemacht, wir haben mit

eurem Leben gespielt, wir haben die Wirtschaft des Landes ruiniert, wir haben nicht gewusst, wohin wir gehen... Nein, gemeint war, seinem jüngeren Bruder Raúl jede Unterstützung zu leisten, egal welche Änderungen dieser in das Leben der Kubaner einführen werde.

Es wird sicherlich Proteste geben, aber bedenken Sie auch dies: Wer würde als Erster seine Arbeitsstelle bei der Regierung verlieren, a) Mitglieder der Kommunistischen Partei, die hartnäckigsten Verteidiger des herrschenden Regimes, oder b) die weniger begeisterten Anhänger des Regimes? Da Sie bereits die richtige Antwort erraten haben, können Sie auch daraus folgern, dass die Kubaner, die Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haben, sich eher dafür entscheiden werden, das Castro-Regime mit noch mehr Einsatz zu unterstützen.

Aber es wird immer auch solche Kubaner geben, die weiter eine freie Wirtschaft und mehr Demokratie fordern und dafür Opfer bringen werden. Sie brauchen Ihre politische, geistige und materielle Unterstützung.

Juan Adolfo Fernandez Sainz



Ringblock Pressefreiheit, Anzeige der IGFM.

SEKTION SCHWEIZ

Menschenrechtspreis an palästinensisch-jüdische Organisation verliehen

Die Schweizer Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM-CH) hat am 27. November in Bern ihren Menschenrechts-Preis 2010 an die palästinensisch/jüdische Organisation „parents circle – families forum“ vergeben.

Einer Organisation von Juden und Palästinensern die Kinder und Angehörige in dem seit Jahren virulenten Konflikt im Heiligen Land verloren haben, und die dennoch aufeinander zugehen und gemeinsam versuchen, einen Weg zum Ende der Gewalt und für ein friedliches Miteinander zu ebnet.

Die sehr eindrückliche Laudatio hielt Matthias Hui aus Bern, der Vertreter des „Schweizerischen Forums für Menschenrechte Israel/Palästina“, der selbst mehrere Jahre als Co-Leiter eines Rehabilitationszentrums für behinderte Kinder in der Westbank gearbeitet hat.

Hui betonte, dass die Arbeit des palästinensisch/jüdischen „parents circle“ nicht nur eine Initiative der Versöhnung sei, sondern auch eine Botschaft des Protestes: „Wir haben in unseren Familien genug des Leids und in unseren Gesellschaften genug des Leidens. Es muss anders weitergehen: Keine Toten mehr und keine Gefangenen, den Kriegen ein Ende und Stopp der Gewalt!“. Menschenrechte für alle sei der gemeinsame Boden der Organisation. Das gehe weit über ein Bekenntnis zur Koexistenz hinaus.

Hui, der auch Theologe und Mitarbeiter der Fachstelle für Ökumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn ist, erläuterte, dass



Monique Schlegel, Geschäftsführerin der IGFM Schweiz, bei der Verleihung des Menschenrechtspreises der IGFM Schweiz am 27. November 2010 in Bern.

auch die Zivilgesellschaft handeln könnte. Sie könne das Gespräch suchen, Vertrauen und gegenseitigen

Respekt aufbauen. Es sei und müsse möglich sein, sich für den Frieden einzusetzen. Der „parents circle“ mache dies vor, indem trauernde Angehörige von Opfern von Krieg und Terror aufeinander zugehen. Sie teilen, trotz unterschiedlicher Herkunft, ihren Schmerz, ihre Wut und ihre Trauer. Sie haben dieselbe Geschichte, sie haben Leid und schwere Verluste erlebt.

Der palästinensische Vertreter ...

Khaled Abu Awwad, hat den Tod mehrerer Familienmitglieder zu beklagen. Sein Bruder Youssef wurde in seinem Heimatdorf von einem israelischen Soldaten aus nächster Nähe erschossen. Zwei Jahre später kam sein vierzehnjähriger Bruder Sa'ed nicht mehr nach Hause – erschossen von einem israelischen Scharfschützen aus einem Wachturm. Nochmals zwei Jahre später wurde sein Sohn Mo'ayed bei einer



Der jüdische Vertreter Aaron Barnea (l.) und der palästinensische Vertreter Khaled Abu Awwad (r.), die den Schweizer Menschenrechtspreis der IGFM für die palästinensisch-jüdische Organisation „parents circle – families forum“ in Bern entgegennahmen.

Demonstration angeschlossen; er bleibt behindert. Sämtliche Taten blieben ungeahndet, die verantwortlichen Soldaten und ihre Vorgesetzten straflos. Als Khaled Abu Awwad während einer Konferenz erfuhr, dass sein Sohn Mo'ayed schwer verletzt worden war, appellierte er öffentlich: „Hören Sie, wir dürfen die Hoffnung nicht verlieren, was auch immer geschieht. Wir dürfen den Weg der Versöhnung nicht verlassen.“ Khaled Abu Awwad betonte in seiner Dankesrede, es brauche viel Arbeit, um das gegenseitige Vertrauen und den gegenseitigen Respekt zu schaffen, denn dies sei die einzige Voraussetzung für eine Friedenslösung.

Der jüdische Vertreter ...

Aaron Barnea verlor seinen Sohn Noam im Jahr 1999 im Einsatz im Südlibanon. Er kam ums Leben, fünf Tage vor dem Ende seines Militärdienstes. Auf seiner Uniform trug er einen Aufnäher, den er von seiner Mutter erhalten hatte: „Lasst den Libanon in Frieden“. Noam glaubte nicht mehr an die Notwendigkeit des Einsatzes. Aron Barnea betonte in seiner Ansprache, die Menschen müssten begreifen, dass es sich im Nahen Osten nicht um ein Fußball-Match handle, sondern um eine schwere Krise, in der es um Leben und Tod gehe und in welcher es keine Gewinner geben werde.

Persönliche Konsequenz gezogen

Die IGFM Schweiz ehrte mit ihrem Menschenrechtspreis eine Organisation von Eltern, die aus der Katastrophe, dass ihre Kinder nicht mehr nach Hause kamen, eine ganz persönliche Konsequenz zogen. Entgegen allen Erwartungen in einer Umwelt aus Gewalt und Gegengewalt versuchen sie, den Schmerz, die Wut und die Ohnmacht angesichts des gewaltsamen Todes des eigenen Kindes in Lebenskraft umzuwandeln.

Sie haben sich für Versöhnung entschieden statt für Vergeltung. Sie ent-



Die palästinensisch-jüdische Organisation „Parents Circle – Families Forum“ versucht, sowohl Juden als auch Palästinenser zu erreichen und von der Notwendigkeit für Versöhnung zu überzeugen. Im Bild eine gemeinsame Veranstaltung zum Internationalen Tag des Friedens am 5. Oktober 2010 in Beit Jala.

ziehen sich der drohenden politischen Instrumentalisierung durch die eigene Regierung und lassen nicht zu, dass bestimmte Gruppierungen Menschenleben aufrechnen und im Namen der Opfer zurückschlagen.

Ein eindrückliches Credo des „Parents Circle“ findet sich in seiner Stellungnahme zur „Gaza-Flotilla“, die die israelische Marine im Jahr 2010 gewaltsam aufbrachte: „Jene, die sich nach Frieden und Würde in unserem Land sehnen, verstehen, dass keine Lösung in Sicht kommt, wenn wir nicht die Menschenrechte aller in diesem Gebiet anerkennen.“

Bedürfnisse und Menschenrechte der anderen respektieren

Die jüngsten Ereignisse verdeutlichen, dass Gewalt keine Antwort ist und zu keiner Lösung in diesem Konflikt führt. Wir benötigen dringend einen neuen Ansatz in unserem Denken, dem das Prinzip zugrunde liegt, dass wir die Bedürfnisse der anderen kennen und ihre Menschenrechte respektieren. Eine neue Haltung, wonach wir die Existenz der anderen anerkennen.“

Umrahmt wurde die Feier vom Eurovisions-Lied Israels „there must be

another way“, gemeinsam gesungen von einer jüdischen und einer palästinensischen Sängerin. Als Preis wird für beide Teile der Organisation, in Israel und Palästina, ein Friedensbaum gepflanzt. Die Preisträger hatten Olivenbäume gewünscht.

Schweizerischer Menschenrechtspreis

Seit 1994 vergibt die IGFM Schweiz jährlich den schweizerischen Menschenrechtspreis. Er hat zum Ziel, Menschen und Aktionen auszuzeichnen, die den Frieden und die menschliche Sicherheit unterstützen und fördern. Unter den bisherigen Preisträgerinnen und Preisträgern finden sich u.a. der Dalai Lama, Cornelio Sommaruga, Tim Guldemann, die „Chaîne du Bonheur“, Adolf Ogi, eine Gruppe der „1000 Frauen für den Frieden“ (Anni Lanz, Elisabeth Ducrey Wagner, Elisabeth Neuenschwander, Irene Rodriguez und Marianne Spiller) und Dick Marty. Im Jahr 2008 wurde der Preis Almir Narayamoga Surui vergeben und 2009 erhielten David Kilgour und David Matas aus Kanada den Preis für ihre jahrelangen Recherchen über den Organraub in China.

Max Klingberg

Weihnachtspakete für Rumänien

Schüler und Familienangehörige unterstützen die jährliche Aktion der IGFM

Auf Initiative der IGFM-Arbeitsgruppe Fulda haben Schüler der Rabanus-Maurus-Schule – des Domgymnasiums – wie schon in den vergangenen Jahren Päckchen und Pakete für besonders Bedürftige in Rumänien gepackt. In diesem Jahr kamen insgesamt rund 120 Stück zusammen, die mit viel Liebe von Schülern und Familienangehörigen in der Vorweihnachtszeit zusammengestellt wurden.

Empfänger waren gut 100 Familien, die im rumänischen Braila am Existenzminimum leben und weder Strom noch fließendes Wasser zur Verfügung haben.

Obwohl Rumänien Vollmitglied der Europäischen Union ist, und es zumindest auf dem Papier eine rudimentäre soziale Fürsorge gibt, fallen in Rumänien viele Menschen durch die weiten Maschen des dortigen sozialen Netzes.

Bittere Armut in Elendsquartieren

Vor allem im ländlichen Bereich und in „Zigeuner“-Siedlungen gibt es nach wie vor bittere Armut bis hin zu blankem Elend. In Einzelfällen suchen Familien Schutz in selbstgeziimmerten Elendsquartieren aus Lehmziegeln und Plastikbahnen. Für viele Kinder ist an eine Bescherung unterm Weihnachtsbaum nicht zu denken.

Individuell gepackte Pakete

Dank des Einsatzes der Fuldaer Schüler, Lehrer und Eltern konnten sich zahlreiche Kinder im rund 2.000 Kilometer entfernten Braila über Spielsachen, Süßigkeiten, Schulmaterialien, aber auch Zahnbürsten und andere nützliche und schöne Dinge freuen. Alle



Mit vollem Einsatz dabei: (v.l.) Justin Hoyer, Maximilian Göth, Konstantin Schilder, David Schuster, Gunter Goebel, Joris Niggemann, Matthias Höhl, Lukas Helfrich und Tobias Galmarini. Foto: Hendrik Urbin.

Pakete waren individuell gepackt worden und in manchen Fällen sogar auf Jungen oder Mädchen abgestimmt.

Zeitnahe Auslieferung

Der zeitnahe Transport der Geschenke in den Osten Rumäniens in der Nähe der Grenze zu Moldawien war keine kleine Aufgabe. Eine Buslinie, bei der die Möglichkeit besteht, auch Post oder Paktsendungen transportieren zu lassen, fährt von Hamburg bis nach Bukarest. Diese Busse halten auch am Fuldaer Omnibusbahnhof. Alle Pakete, die am Domgymnasium gepackt und gesammelt wurden, gingen von dort auf die Reise.

Pastoren verteilen die Pakete

Nach zwei Tagen übernahmen vor Ort zwei Pastoren die Auslieferung an die eigentlichen Empfänger. Organisiert wurde die gesamte Aktion von Arbeitsgruppen Fulda der IGFM. Arbeitsgruppensprecher Gunter Goebel erhielt dabei in der Schule von der

Schülervvertretung große Unterstützung und freut sich, dass auch in diesem Jahr so viele Geschenke zusammengekommen sind.

Die Schulsprecher des Domgymnasiums Fulda, Lukas Helfrich und Joris Niggemann, verschickten einen Elternbrief und nahmen mit den anderen Schülervvertretern die Pakete in der Adventszeit entgegen. Unterstützt wurden sie dabei vom Verbindungslehrer des Domgymnasiums, Tobias Galmarini.

Auch für Schulleiter Matthias Höhl ist diese Aktion jedes Jahr ein wichtiges Anliegen. Für die Schüler sei es wichtig, dass sie dabei direkt anderen, denen es nicht so gut geht, helfen können. Besonders die große Eigeninitiative der Schüler sei dabei besonders wichtig und vor allem nicht selbstverständlich. Alle Beteiligten waren sich einig, dass diese Aktion nächstes Jahr – dann bereits zum achten Mal – gestartet werden soll.

BERGEN-ENKHEIM

Frankfurter spenden für Rumänien

Allein im Dezember 2010 hat die IGFM Arbeitsgruppe Bergen-Enkheim drei Hilfstransporte nach Rumänien schicken können. Große Unterstützung kam dabei vom katholischen Kindergarten Heilig Kreuz.

Die Kinder der Gruppen „Schmetterlinge“ und „Waldameisen“ fassten selbst mit an und halfen mit, Spielsachen und Lebensmittel für besonders Bedürftige zu packen. Alle Pakete erreichten ihr Ziel noch vor Weihnachten. Empfänger waren Kinder aus ärmsten Verhältnissen, Kranke und Behinderte und bedürftige alte Menschen in Siebenbürgen in Rumänien.

Erweckte Freude kehrt als Glück zurück

Den Ehrenamtlichen der Arbeitsgruppe sind die Freude und die strahlenden Augen der Kinder und der anderen Empfänger immer wieder aufs Neue Motivation, die Arbeit fortzuführen. Auf dem Schreibtisch von Karin Müller-Kinet, der Sprecherin der IGFM-Arbeitsgruppe Bergen-Enkheim, steht seit ihrem 14. Lebensjahr ein Spruch von Erich Limbach: „Erweckte Freude kehrt als Glück in die eigene Brust zurück.“

Monatlicher IGFM-Flohmarkt für die Rumänienhilfe

Dieser Gedanke spornt auch die anderen Aktiven an. Zusammen haben die Ehrenamtlichen der Arbeitsgruppen im Jahr 2010 mehrere Tausend Stunden Arbeit aufgebracht. Dazu zählten nicht nur die direkte Organisation von Hilfe aus Frankfurt nach Rumänien, sondern auch viele andere Aufgaben, die letztendlich diese Hilfe erst möglich machen. Zum Beispiel der monatliche Flohmarkt, dessen Erträge in die Rumänienhilfe der IGFM fließen. Aber auch andere Arbeiten, etwa für Flüchtlinge,



„Schmetterlinge“ und „Waldameisen“ vom katholischen Kindergarten Heilig Kreuz in Frankfurt Bergen-Enkheim fassten selbst mit an und halfen mit, Spielsachen und Lebensmittel für besonders Bedürftige zu packen.

denen in einzelnen Fällen in Frankfurt durch Sachspenden, Begleitung oder tatkräftigen Rat geholfen werden konnte.

Hilfe ist weiter nötig und wichtig

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in jedem Fall in der Hilfe für besonders Bedürftige in Rumänien. Die Partnerschaften und die Zusammenarbeit vor allem mit Kirchengemeinden und Einrichtungen für Kinder in Rumänien sind im Laufe der Jahre gewachsen und eingespielt. Arbeitsgruppensprecherin Karin Müller-Kinet besucht regelmäßig – auf eigene Kosten – die Partner vor Ort, um sich ein Bild von der aktuellen Lage, den Bedürfnissen und der Entwicklung zu machen.

Rumänien ist seit 2007 Mitgliedsland der Europäischen Union. Für die Menschen auf dem Land hat sich die Situation aber leider vielerorts noch keines-

wegs gebessert. Die meisten Renten liegen zwischen 60 und 120 Euro und das bei Preisen, die in Rumänien nicht selten über denen in Deutschland liegen. Das weitmaschige soziale Netz greift in vielen Fällen nicht – weil die Kassen leer sind. Auf der Strecke bleiben viele alte Menschen, Kranke, kinderreiche Familien oder allein erziehende Mütter.

Keine Kraft zu Reformen

Das Land steckt tief in einer Krise und ist durch einen selbstzerstörerischen Kampf der politischen Institutionen wie gelähmt. Die Anfang 2010 gebildete Regierung verfügt nicht über die Durchsetzungskraft, die Vorgaben zur Reform des Rechtssystems, die die Europäische Kommission Rumänien auferlegt hat, umzusetzen. Auch wegen der politischen Lähmung leidet Rumänien unter den Folgen der Finanzkrise besonders stark. Die wirtschaftliche Lage vieler Familien hat sich weiter verschlechtert.

WITTLICH

Krankenhaus in Deutschland abgebaut – und in Afrika wieder aufgebaut

Für die Verwaltung war es Metallschrott, den sie teuer hätte entsorgen müssen. Für ein katholisches Krankenhaus im afrikanischen Kongo-Brazzaville sind es wertvollste medizinische Geräte: Ein kompletter OP-Saal, eine Röntgenanlage, OP-Bestecke, eine Desinfektionseinheit, ein komplettes Labor und 39 intakte Krankenhausbetten einschließlich der passenden Nachttische, Infusionsständer, vielerlei Schränke, ein gynäkologischer Stuhl und zahlreiche andere medizinische Geräte. Die IGFM Wittlich ist zu Recht stolz auf diese bisher aufwendigste Aktion ihrer 31-jährigen Schaffenszeit.

Für die Ehrenamtlichen der IGFM war es ein organisatorisches Großprojekt. Sie bauten die gesamte Einrichtung des ehemaligen Haftkrankenhauses Wittlich ab, fotografierten und katalogisierten sämtliche Einzelteile, übersetzten und beschrifteten alles akribisch in Französisch – der Amtssprache der Republik Kongo – verladen alle Teile in Container und schifften sie nach Afrika, wo sie vor Ort von Mitarbeitern des katholischen Krankenhauses Christ Roi in Pointe Noire, einer Hafenstadt mit 650.000 Einwohnern, wieder aufgebaut wurden.



Freuen sich über den Besuch aus Afrika: IGFM-Vorsitzende Kartin Bornmüller (Mitte), ihr Bruder Jörg Beate (Zweiter von rechts), Bürgermeister Joachim Rodenkirch (Zweiter von links) mit Generalvikar Alain Loemba (links) als Vertreter des katholischen Krankenhauses Christ Roi in Pointe Noire und Staatssekretär a.D. Marcel Mahoukou.

Wertvolle Krankeneinrichtung – ohne Interessenten

Dr. Michael Praeder, ein Freund Katrin Bornmüllers, arbeitete parallel zur eigenen Praxis auch im Wittlicher Haftkrankenhaus. Er gab der IGFM den Tipp, sich um die Geräte Krankenhauses zu bewerben, denn durch groß angelegte Modernisierungsarbeiten wurden dort OP-Räume samt allem, was dazugehörte, über-

flüssig. Im alten Haftkrankenhaus sollte restlos alles verkauft, und was sich nicht verkaufen ließ, restlos entsorgt werden. Einige der allesamt voll funktionstüchtigen Geräte und Einrichtungsgegenstände wurden an meistbietende Interessenten verkauft – das allermeiste aber fand keine Käufer und blieb liegen. Katrin Bornmüller selbst berichtete über das Unternehmen:

„Im Jahr 2009 erhielt ich von einem ehemaligen Minister aus der Republik Kongo-Brazzaville über meinen Bruder, der aus seiner Tätigkeit bei der Firma Siemens Verbindungen nach Afrika hat, die Anfrage, ob ich für ein katholisches Krankenhaus in Pointe Noire medizinische Geräte sammeln kann. Nach Rückfragen, was genau benötigt würde und was nützlich wäre, folgte noch im November 2009 eine „Bewerbung“ an den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB). Der LBB Trier bot uns die Prüfung der Gegenstände an, die wir brauchen könnten, und riet mir, sofort zuzugreifen, weil alles voll funk-

Fortsetzung von Seite 27

Viele haben Angst vor dem Winter, nicht nur, weil sie nicht in der Lage sind, die Heizkosten zu tragen. Für manche Rumänen ist selbst das Essen knapp.

Eine Sache mehr

Ehrenamtliche der IGFM Bergen-Enkheim haben daher am Eingang von Supermärkten dafür geworben, für besonders Bedürftige „Eine Sache mehr“ zu kaufen. Diese Aktionen führen

die IGFM-Aktiven seit rund 20 Jahren durch – nicht nur, aber vor allem in der Vorweihnachtszeit. Die Einsätze in der winterlichen Kälte sind anstrengend und mühsam, aber sie sind erfolgreich, denn jedes Mal spenden Supermarktkunden mehrere hundert Kilo Hilfsgüter. Z.B. Zucker, Honig, Kaffee, Schokolade aber auch Zahnpasta und Seife, Buntstifte, Zahnbürsten und vieles mehr. Dinge, die vielen Notleidenden in Rumänien kaum beschreibbare Freude bereiten, ihnen ein Lichtblick sind und Hoffnung geben.

tionstüchtig sei. Damit war dann der Hilfe Genüge getan, denn ab da mussten wir alles allein organisieren, ich bekam nur die Namen der medizinischen Firmen, die den Abbau des OP-Tisches und der Röntgenanlage bewerkstelligen sollten, selbst die Auftragserteilung an fremde Firmen für den Abbau überließ man mir.

Früh stand fest, dass wir seitens der Justizverwaltung mit keinerlei Hilfe zu rechnen hatte. Wir waren ganz allein verantwortlich für die Demontage und das ordnungsgemäße Verpacken der Dinge, die ohne den Einsatz der IGFM-Ehrenamtlichen für teures Geld hätten entsorgt – also verschrottet – werden müssen. Über Monate stellten sich zahllose Probleme, die der Optimist lieber „Herausforderungen“ nennt, um sich selbst Mut zu machen.

Das größte Problem waren die Termine, wann wir zum Arbeiten in das Haftkrankenhaus durften. Auf Anfang Juni 2009 hatte man den ersten Sichttermin gelegt. Fachleute der Wittlicher Firma Lütticken begutachteten die Situation und warnten: Alles müsse vom Netz, bevor die Arbeiten begonnen werden könnten. Und beim Abbau der Armaturen müsste für Stunden das Wasser abgestellt werden. Man stelle sich vor, ein ganzes Gefängnis von 7 bis 12 Uhr ohne Wasser! Beim zweiten Termin rückte bereits eine Fachfirma aus Rastatt an, die mein Bruder bezahlte. Nicht alles geht im Ehrenamt, aber doch das meiste. Peter Schulze, pensionierter Diplom-Meteorologe, und Eugen Dühr, der Elektriker der IGFM-„Truppe“ haben die Maschinen vom Strom abgekappst.

Doch an Überraschungen mangelte es nicht. Der wichtigste Teil eines OP-Tisches lag fest verankert im Boden – der Schreinermeister Willi Weber öffneten also den Boden. Der nächste Schreck überkam uns, als wir die vier Stahlträger im Boden sahen. Die Platte war fest verankert. Wieder war guter Rat teuer. Diese Stahlträger konnten, gottlob, am Ende im Boden bleiben, die Platte wurde gehoben, der OP-Tisch war geborgen. Via Fotos wurden sämtliche Details dokumentiert, um sie für jene nachvoll-



Geschafft: Ein weiterer Container ist beladen, um das ehemalige Haftkrankenhaus Wittlich in die Republik Kongo zu bringen.

ziehbar zu machen, die in Pointe de Noire den Wiederaufbau im katholischen Krankenhaus bewerkstelligen sollten.

Immer wieder spielten sich kleinere Dramen ab: Die Sattelschlepper passten nicht auf den Hof! Als die Mitarbeiter die Container vor dem Gefängnis abstellten, stellten sie fest, dass die Wagen mit dem angelieferten Essen für die Bediensteten und Häftlinge der Justizvollzugsanstalt nicht mehr vorbeipasseten.

Ein Zahnarztstuhl, von dem uns versprochen war, er würde rechtzeitig zum Laden gebracht werden, wurde aus unverständlichen Gründen nicht geliefert. Schließlich hat ein Justizvollzugsbeamter den Stuhl abends einfach vor dem Tor der JVA abgestellt, und er wurde prompt des Nachts von Unbekannten auseinandergenommen; alle Metallteile waren entwendet worden. Mit Herrn Dr. Praeder ging ich zum Ende der Aktion noch einmal durch alle Krankenhausräume, dabei fanden wir in einem Schrank noch Material im Wert von 10.000 Euro, das zur Röntgenanlage gehörte.

Alle Helfer und ich haben freiwillig unseren Beitrag von insgesamt vielen hundert Stunden geleistet. Dankbar sind wir auch für die Hilfe des JVA-Personals, das eigentlich nicht für uns zuständig war, aber die Türen aufschloss, den Fahrstuhl in Gang setzte und telefonierte, wenn etwas nicht klappte.“

Mitte Dezember reisten der Generalvikar Alain Loemba als Vertreter des katholischen Krankenhauses Christ Roi in Pointe Noire und Marcel Mahoukou Staatssekretär a. D. nach Wittlich, um sich zu bedanken. Bürgermeister Joachim Rodenkirch, stolz auf so viel bürgerschaftliches Engagement, gab zu Ehren des hohen Besuchs aus Afrika einen Empfang. Beim anschließenden gemeinsamen Essen zeigte Marcel Mahoukou den Film, den das kongolesische Staatsfernsehen gedreht hatte, als bei sengender afrikanischer Hitze die Container geöffnet wurden. Unter anderem drei Bischöfe, die Krankenhausedirektorin und zahlreiche zivile Ehrengäste hatten es sich nicht nehmen lassen, den großen Augenblick mitzuerleben.“

Dank an Helfer und Unterstützer

Die Sprecherin der IGFM-Arbeitsgruppe, gleichzeitig Vorsitzende der deutschen IGFM-Sektion, Katrin Bornmüller, dankte den Beteiligten überschwänglich. Ausführlich dankte sie auch dem Wittlicher Chirurgen Dr. Michael Praeder, von dem ursprünglich die Idee stammte, das Gefängniskrankenhaus eben nicht dem Schrott zuzuführen, sondern einer weiteren, sinnvollen Verwendung – gänzlich ohne Steuergelder. Den Firmen Elsen aus Wittlich und Kappes aus Altrich, die Spezialisten und nötiges Handwerkszeug stellten, dankte Katrin Bornmüller für ihre großzügige Unterstützung.

Willkommen im Paradies der Diktatoren

Die IGFM und Leo Burnett stellen in einem Online-Spiel der heilen Urlaubswelt die politische Realität entgegen

In vielen Urlaubsländern wie Kuba, Ägypten oder China sind Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung. Trotzdem erfreuen sich diese Länder bei Pauschalreisenden großer Beliebtheit. Aus Desinteresse oder schlichtem Nicht-Wissen ignorieren die meisten, dass große Teile der Reisekasse direkt in die Kassen der menschenverachtenden Systeme und sogar der Militärs fließen.

So ist z. B. im Hinblick auf die Touristenzahlen Kuba laut der Caribbean Tourism Organization heute die zweitwichtigste Destination in der Karibik. Bei einem Preis von unter 1.000,- Euro pro Person und Woche haben die Reiseveranstalter nicht viel Mühe, die Flugzeuge zu füllen. Der Tourismus ist mittlerweile für diese Länder zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden. In Kuba ist der Ausbau von Golfanlagen, Tauchgebieten und die Erschließung von Kubas Ostküste für Surfer im Gange. Die politische Situation verändert sich für viele Kubaner indes nicht. Kann man unter solchen Umständen entspannen und das Land genießen?

Zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte und die Frankfurter Werbeagentur Leo Burnett mit einer Kampagne darauf aufmerksam gemacht, dass man als Reisender in diesen Ländern die politischen Regimes direkt unterstützt. Ziel ist es, dass Urlauber sich vorher über das jeweilige Reiseland informieren und sich gegebenenfalls für ein anderes Urlaubsziel entscheiden.

Da die meisten Pauschalreisen mittlerweile online gebucht werden, wird die Zielgruppe auch genau dort angesprochen. Eigens für diesen Zweck wurde das Online-Spiel „Welcome to Tourist Paradise“ kreiert.

Bei dem Spiel übernimmt der Spieler die Rolle eines Touristen und manövriert die Figur an die Strandbar, in die Disco, zu einem Buddha. Man begleitet ihn bei typischen Urlaubsaktivitäten. Auf einem zweiten Screen, der unter der bunten Urlaubswelt mitläuft, setzt man ungewollt und parallel zu dem obigen Geschehen einen Paramilitär in Gang. Während man oben den

Touristen an einem weißen Strand an die Bar dirigiert, setzt unten der Paramilitär einen Pressestand in Brand, treibt politische Versammlungen brutal auseinander und erschießt einen Menschen. Die Verkettung von heiler Urlaubswelt und finanziell unterstützter Grauzone der Menschenrechte wird direkt erlebbar.

Das Spiel wird seit dem 7. Dezember 2010 auf verschiedenen Gaming-Plattformen hochgeladen. Sie finden das Spiel unter <http://www.tourist-paradise.org/> – weiterverschicken des Links ist natürlich ausdrücklich erwünscht.



Start des Online-Spiels „Tourist Paradise“.

BUNDESTAG

Bundestagspräsident Lammert:

Auch die Kubaner haben ein Recht auf ein frei und demokratisch gewähltes Parlament !

Am 6. Dezember 2010 empfing Bundestagspräsident Prof. Norbert Lammert eine Delegation der IGFM, des Europaabgeordneten Christian Ehler und kubanischer Bürgerrechtler im Reichstag.

Die Bürgerrechtler – unter ihnen ehemalige politische Gefangene und Aktivistinnen der „Damen in Weiß“ – waren zum Zeitpunkt ihres Besuches in Berlin erst wenige Wochen zuvor von Kuba nach Spanien verbannt worden. Sie berichteten dem Bundestagspräsidenten über die Verfolgung in ihrer kubanischen Heimat. Lammert beglückwünschte die ehemaligen politischen Gefangenen zu ihrer wiedergewonnenen Freiheit. Er forderte die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen in Kuba.



Bundestagspräsident Prof. Norbert Lammert (Mitte) begrüßte die Delegation der Menschenrechtler unter Leitung von IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin, (Zweiter von links) im Reichstag. Lammert betonte, dass auch das kubanische Volk ein Recht hat, sein Parlament frei und demokratisch zu wählen. Der Europaabgeordnete Dr. Christian Ehler (Zweiter von rechts) berichtete über sein Engagement als Pate von politischen Gefangenen in Kuba.

Anhörung über „Religionsfreiheit“ im Reichstag

Die mitunter tödliche Gewalt, die durch religiösen Fanatismus in vielen Ländern der Erde auch das Recht auf Religionsfreiheit verletzt, ist im Jahr 2010 stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Am 27. Oktober 2010 fand daher eine öffentliche Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Reichstag in Berlin statt. Fünf Sachverständige diskutieren mit den Ausschussmitgliedern, ob sich das Recht auf Religionsfreiheit als identitätsschaffendes Konzept für Europa eignet.

Außerdem ging es um die Frage, ob sich muslimische Zuwanderer in die europäische Wertegemeinschaft integrieren werden, oder ob sich die europäische Identität unter dem Einfluss wachsender muslimischer Bevölkerungsanteile verändern wird. Darüber hinaus wurden die Grenzen der freien Ausübung der Religions- und Glaubens-



Expertenanhörung über Religionsfreiheit im Reichstag. Mit dabei IGFM-Vorstandsmitglied Prof. Thomas Schirmmacher (Zweiter von rechts).

freiheit in Europa beleuchtet. Besonderes Interesse galt auch der Frage, inwiefern sich die in Deutschland grundgesetzlich verankerte Trennung von Kirche und Staat in der Realität wiederfindet, oder ob von einer „hinkenden Trennung“ gesprochen werden muss. Die geladenen Experten waren der Sonderberichtersteller der Vereinten

Nationen für Religionsfreiheit, Heiner Bielefeldt; IGFM-Vorstandsmitglied Prof. Thomas Schirmmacher; der Schriftsteller und Orientalist Navid Kermani; der Mitbegründer und langjährige Vorsitzender der Gesellschaft für Arabisches und Islamisches Recht, Prof. Mathias Rohe und Rosemarie Will von der Humanistischen Union.

Fortsetzung von Seite 17

mend schwieriger für sie ist, Leute zu finden, die bereit wären, mit Gefangenen zu arbeiten. Dies obwohl die Gehälter für kubanische Verhältnisse hoch sind und die geduldete Korruption einer der Vorteile ist, die die Regierung anbieten kann.

In kubanischen Gefängnissen wird immer gebaut. Ich glaube, die Gefängnisleitung nutzt dies zu ihrem eigenen Vorteil. Hohe Offiziere nutzen gewöhnlich Gefängnisinsassen ohne Bezahlung als Maurer oder Zimmermann in ihren eigenen Häusern und auch als Mechaniker für ihre Autos.

Medizinische Betreuung

Es gibt einen bemerkenswerten Unterschied in der ärztlichen Behandlung von gewöhnlichen Häftlingen und politischen Gefangenen, besonders jener der „Gruppe der 75“, die 2003 inhaftiert wurden. Jedoch ist dies von Gefängnis zu Gefäng-

nis verschieden. Da unsere Angelegenheit internationales Aufsehen erregte, wurde die „Gruppe der 75“ mit besonderer Sorgfalt behandelt. Im Provinzgefängnis von Holguin sagte uns die medizinische Leiterin, wenn wir irgendwelche Probleme hätten, könnten wir jederzeit zu ihr kommen. In der Zeit unserer Einzelhaft wurden wir jedoch von einem nachlässigen Arzt versorgt. Wir mussten sogar zu Hungerstreiks greifen, um auf ein medizinisches Problem aufmerksam zu machen.

Als wir in verschiedene Abteilungen der Haftanstalten zu den gewöhnlichen Häftlingen verlegt wurden, wurde ich hin und wieder zu einem Arzt bestellt. Wenn ich zudem einen Arzt wünschte, musste ich es nur anmelden. Ich habe nie eine Krankheit simuliert, etwa um aus meiner überfüllten Abteilung herauszukommen. Ich hätte nie gelogen, um einen persönlichen Vorteil zu erlangen. Ich wollte, dass dies die Gefängnisleitung versteht, und sie hatte es verstanden und berücksichtigt.

Es gab einen extremen Fall medizinischer Vernachlässigung: Ein Häftling litt in der Nacht unter schrecklichen Zahnschmerzen und rief die beiden Wachen. Diese hatten wahrscheinlich geschlafen, da sie sehr erobost reagierten. Da aber der junge Mann mit seiner Forderung nicht nachließ, holten sie ihn aus der Zelle und schlugen ihn so brutal zusammen, dass er geraume Zeit auf der Krankenstation verbringen musste. Er fand einen Weg, seine Angehörigen zu kontaktieren, und diese kamen ins Gefängnis und verlangten, ihn zu sehen. Mir wurde berichtet, dass die Familie die beiden Wächter vor Gericht bringen wollte, sie hat auch die Spuren der Misshandlung fotografiert.

Alle Gefangenen berichteten, dass dieser arme Kerl schrecklich misshandelt wurde, nur weil er darum gebeten hatte, zur Krankenstation gebracht zu werden. Ein paar Tage später wurde er in unsere Abteilung Nr. 6 zurückgebracht, aber kurz darauf kündigte sich eine wichtige Behörden-



inspektion an. Daraufhin verlegte die Gefängnisleitung den misshandelten Insassen, sodass die Inspektoren ihn nicht sehen konnten. Er aber fand einen Weg, in eine der Frischluftzellen im Gefängnishof gebracht zu werden. Als die Inspektoren dort vorbeikamen, sprach er sie an, zeigte ihnen seine Wunden und schilderte ihnen, was mit ihm geschehen war. Die Zeit verging, gegen die zwei Täter wurden keine Disziplinarmaßnahmen eingeleitet.

Ähnliche Begebenheiten werden von den Häftlingen oft erlebt, die aber reagieren darauf meistens zynisch und sagen, dass es nutzlos sei, Vergehen bei den Behörden anzuzeigen, weil die ja alle zur gleichen Mafia gehören, die nur haben will, dass wir schweigen und gehorsam sind usw.

Im Canaleta-Gefängnis

Im Canaleta-Gefängnis von Ciego de Avila war die Situation für uns besser. Als Angehörige der „Gruppe der 75“ wurden wir wöchentlich zum Arzt gebracht, egal ob wir uns gesund oder krank fühlten. Die Ärzte waren nett und freundlich. Wir spürten, dass sie unter Behördendruck standen, uns gut zu behandeln, und sich sogar bedroht fühlten, sollte uns etwas passieren. Wenn wir einen Arzttermin nicht wahrnahmen, suchten die Ärzte uns auf und fragten, ob etwas nicht in Ordnung sei. Sie waren sehr besorgt, dass wir uns beschweren könnten.

Ich nahm regelmäßig den wöchentlichen Arzttermin wegen der Kontrolle meines hohen Blutdrucks wahr, die anderen weigerten sich aber manchmal, zum Arzt gebracht zu werden, weil sie sich gesund fühlten. Im Provinzgefängnis von Holguin haben wir nie diese Art von Aufmerksamkeit erlebt. Ich glaube, der Direktor des Canaleta-Gefängnisses verstand es viel besser, wie wichtig wir politische Gefangene waren. Ich denke auch, dass meiner Meinung nach der wichtigste Gefangene unter uns, der Dichter und Journalist Raul Rivero, wesentlich zu einer besseren Behandlung beigetragen hatte.

Ich wurde regelmäßig in die Stadt Ciego de Avila zur Ultraschalluntersuchung



Schrei für Demokratie. Poster und Anzeige der IGFM.

gebracht. Im Provinzgefängnis von Holguin geschah so etwas nie. Allerdings war die Behandlung für die gewöhnlichen Häftlinge völlig anders. Ihre Anträge wurden meistens ignoriert. Manchmal wurden sie wegen Kopfschmerzen auf die Krankenstation gebracht, wo sie eine Injektion bekamen, aber in den meisten Fällen wurde ihnen wohl nur Wasser ins Gesicht gespritzt.

Misshandlungen von Gefangenen

Es gab Fälle, wo Gefängnisinsassen von Wachen geschlagen wurden, weil diese zu sehr darauf bestanden, zur Krankenstation gebracht zu werden. Oder Insassen haben sich Verletzungen zugefügt, damit Vorgesetzte auf höherer Ebene es erfahren, weil Blut geflossen war und die Wache dafür einen Rüffel bekam. Dies war eine eigenartige Art von Rache gegenüber Wachposten. Solche Dinge passierten im Canaleta-Gefängnis ständig.

Die gängige Antwort jeder Wache gegenüber einem Häftling, der um medizinische Versorgung bat, war: „Ich kann es nicht tun, wie du es willst, weil ich meinen Posten nicht verlassen kann, denn wenn etwas passiert und ich mich nicht auf mei-

nem Posten befinde, würde ich dafür verantwortlich gemacht werden. Also musst du warten, bis dein Erziehungsoffizier kommt und dich dorthin bringt.“ Dieser Erziehungsbeamte ist angeblich verantwortlich für uns alle.

Selbstverstümmelung

Meistens ist er aber nicht da und der Insasse hat dann geduldig auf ihn zu warten. Wenn aber die Schmerzen echt und stark sind, wird er wahrscheinlich protestieren und im schlimmsten Fall zu extremen Maßnahmen greifen, etwa zur Selbstverstümmelung, oder Lärm machen, sodass der Wachmann sein Verhalten nicht mehr verheimlichen kann, weil andere Wachposten es bemerken. Und manchmal bezahlen die Insassen einen hohen Preis für diese Art von Protest: Sie können zum Beispiel verprügelt werden oder kommen für einige Wochen in Einzelhaft.

In skandalösesten Fällen protestierten wir, politischen Gefangenen, dass wir routinemäßig zum Arzt gebracht wurden, ohne dass wir ihn benötigen, für die gewöhnlichen Häftlinge aber dies ein Luxus oder Privileg war. Generell war die medizinische Versorgung sehr schlecht und zwar in allen Gefängnissen, in denen ich war.

Märtyrer 2010:

Das neue „Jahrbuch zur Christenverfolgung heute“

In über 60 Staaten dieser Erde gibt es keine oder nur eine erheblich eingeschränkte Religionsfreiheit. Da sich unter diesen Staaten einige sehr bevölkerungsreiche Länder befinden, sind von diesen Einschränkungen ungefähr 70 Prozent der Weltbevölkerung betroffen.

Rund 200 Millionen Christen werden weltweit als Minderheit diskriminiert. Diese Zahlen gehen aus dem Buch „Märtyrer 2010 – Das Jahrbuch zur Christenverfolgung heute“ hervor, das von der IGFM und dem Arbeitskreis Religionsfreiheit der Deutschen Evangelischen Allianz für die Nachrichtenagentur idea erarbeitet worden ist.

Häufige und tragische Realität

„Die Verfolgung und Unterdrückung von Personen aufgrund ihrer religiösen Überzeugung, und im Speziellen die Benachteiligung, Verfolgung und Ermordung von Gläubigen aufgrund ihres christlichen Glaubens stellt längst keinen seltenen Ausnahmefall dar, sondern bildet eine viel zu häufige tragische Realität“, heißt es in dem Jahrbuch. Es fasst eine Vielzahl von Analysen, Berichten und Hintergrundinformationen von Autoren zusammen, die aus unterschiedlichsten Konfessionen, Organisationen und Berufsgruppen stammen.

Zu den prominenten Autoren gehören der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, dessen Reden im Bundestag zum Thema Christenverfolgung in der Dokumentation abgedruckt sind, sowie der Afrika-Beauftragte der Bundesregierung Günter Nooke.

Darüber hinaus veröffentlicht das Jahrbuch die Ergebnisse einer Studie



Märtyrer 2010, Das Jahrbuch zur Christenverfolgung heute: idea-Dokumentation. Hrsg.: Klingberg, Max / Schirmmacher, Thomas / Kubsch, Ron; Verlag für Kultur und Wissenschaft; aus der Reihe : Studien zur Religionsfreiheit – Studies in Religious Freedom 17; ISBN: 978-3-86269-001-5; Paperback; Preis: 8,90 Euro; ca. 294 Seiten

zum Thema Religionsfreiheit, die der Soziologe Brian J. Grim dem US-Repräsentantenhaus vorgestellt hat. Der China-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Till Fährnders und der China-Experte Tony Lambert beschreiben in ihren Beiträgen „Nächstenliebe im Untergrund“ und „Verfolgung von Christen im China nach Mao“ die Situation im bevölkerungsreichsten asiatischen Land.

Verfolgung in Indien und Nigeria

Der Generalsekretär der Evangelischen Allianz von Indien und Asien, Richard Howell, zieht eine Zwischenbilanz der Gewalt gegen Christen im indischen Bundesstaat Orissa. Der Jurist Daniel

Ottenberg widmet sich dem hart geprüften Nigeria.

Das Missionarsehepaar Pebri und Christian Goßweiler schreibt schließlich über die neuesten Entwicklungen im Konflikt zwischen Christen und Muslimen in Indonesien. Der evangelische Bischof Markus Dröge wiederum plädiert dafür das Thema Christenverfolgung bei Nachbarn, Kollegen und im Freundeskreis anzusprechen. Es gehe darum, sich dafür einzusetzen, dass alle ihren Glauben in Freiheit und Würde ausleben könnten.

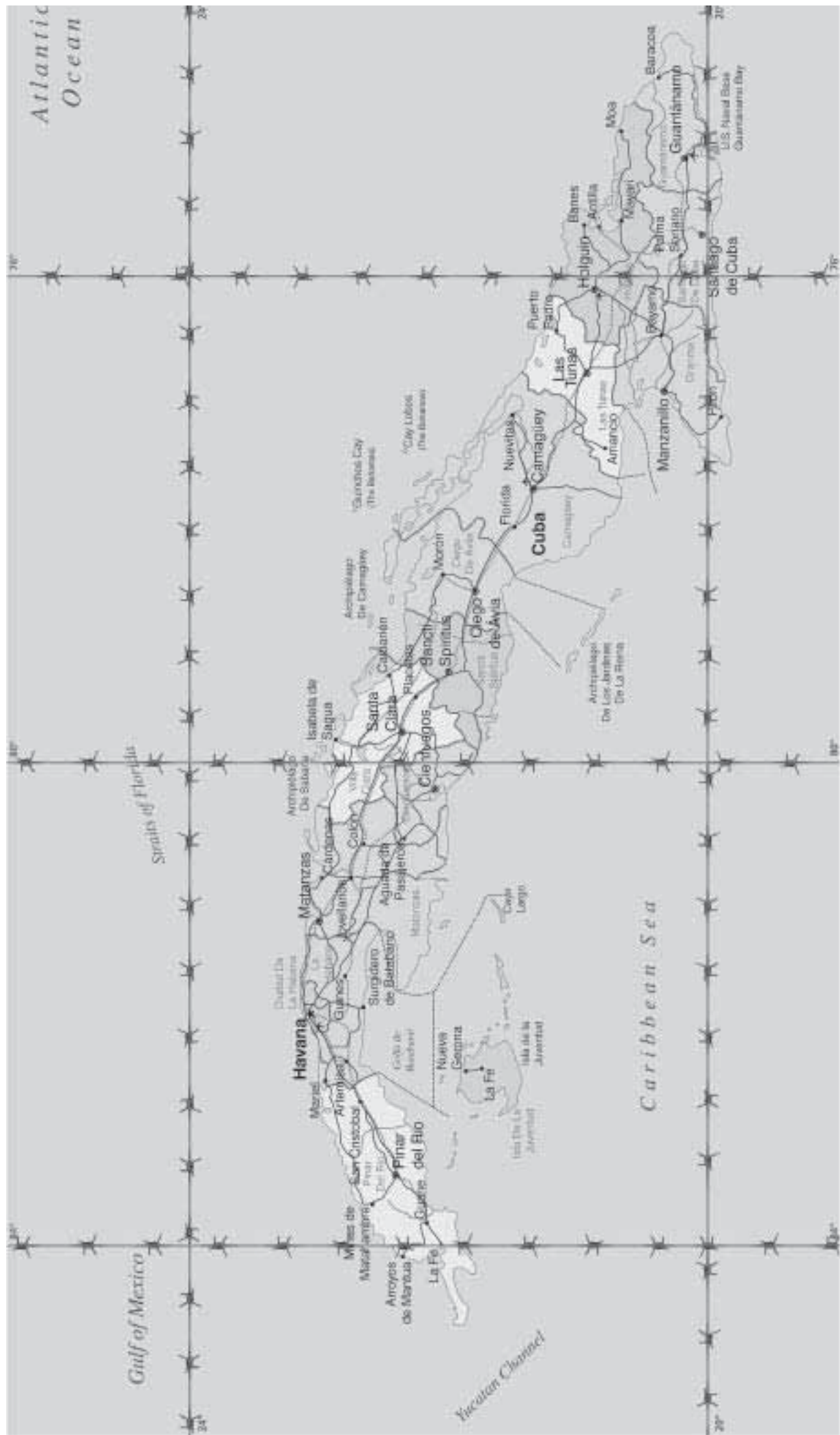
Hilfe für Flüchtlinge und Konvertiten

Ein weiterer Beitrag erläutert, wie man einem Flüchtling oder Konvertiten bei einem Asylverfahren helfen kann. Außerdem gibt „Märtyrer 2010“ auch einen Einblick in die aktuellen wissenschaftlichen Forschungen. In mehr als 70 Prozent der Länder sind demnach Übergriffe durch religiösen Hass oder religiöse Vorurteile motiviert gewesen.

Kurzporträts von Institutionen

Komplettiert wird die Dokumentation durch detaillierte Informationen zu Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, Rezensionen von Fachbüchern und Kurzporträts von Institutionen, die gegen Christenverfolgung kämpfen.

Für die Dokumentation ist maßgeblich IGFM-Vorstandsmitglied Prof. Thomas Schirmmacher verantwortlich. Er ist unter anderem Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit der Weltweiten Evangelischen Allianz und Sprecher für Menschenrechte dieses internationalen Zusammenschlusses.



Havas Regierung ist ein Bürger mit Gewalt an eigenes Land frei.
 Manchen Sie mit uns für die Menschenrechte auf Cuba. www.igfr.de

www.igfm.de

